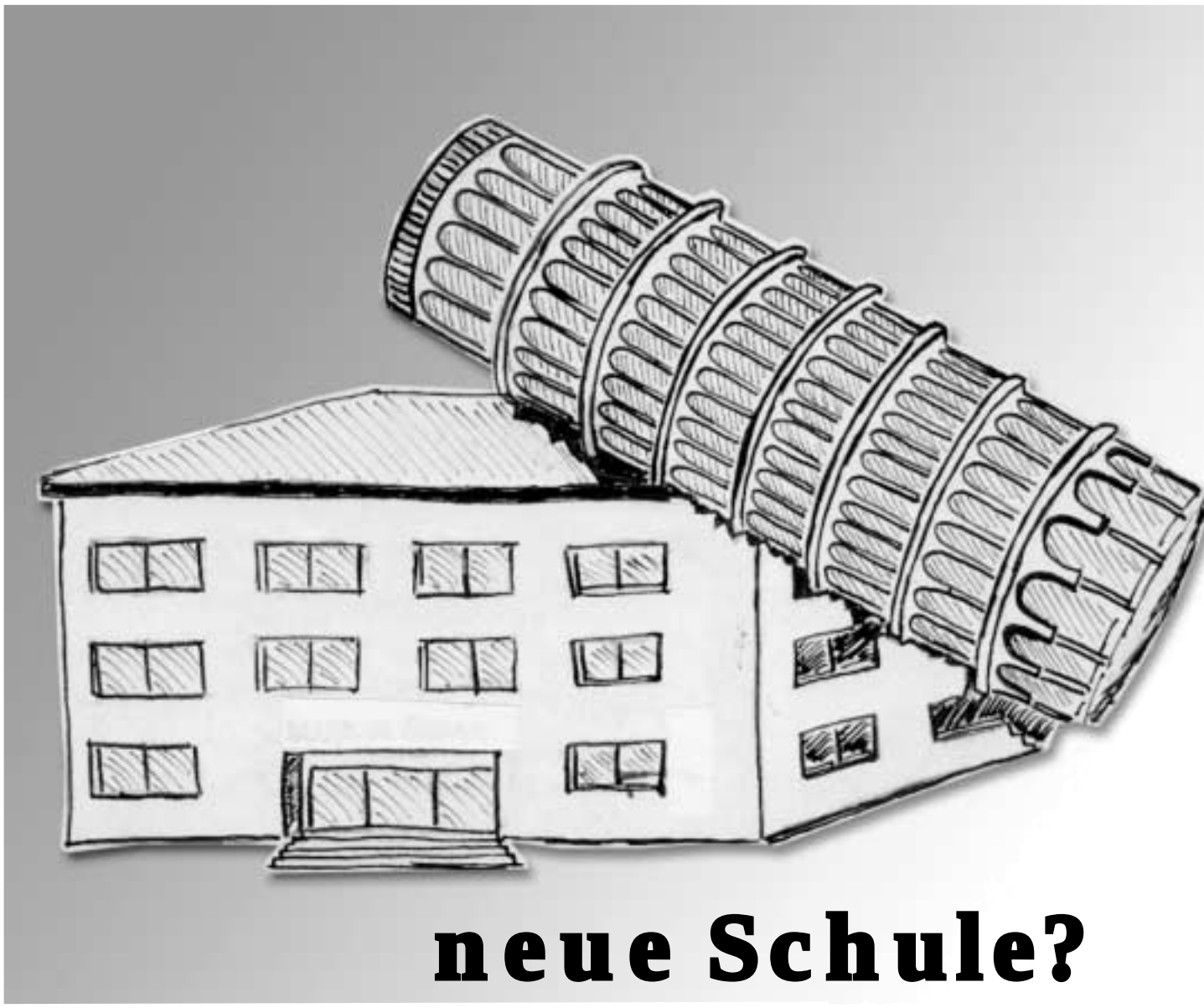
GEW-info

Heft 7
April 2002

Zeitung der Kreisverbände Offenbach-Land und Offenbach-Stadt der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Nach Pisa:



neue Schule?

PISA – der schiefe Turm der deutschen Schulstruktur

Wir sind nicht dumm, sondern die Schulen sind veraltet

Wie die Schule nicht alles noch schlimmer machen könnte

Intro

Liebe Leserin, lieber Leser!

Nach einem halben Jahr liegt nun das zweite gemeinsame „GEW-info“ beider Offenbacher Kreisverbände vor. Unser ursprüngliches Ziel, diese Zeitschrift vierteljährlich herauszugeben, mussten wir aus zeitlichen Gründen aufgeben. Auch in Zukunft können wir nicht mehr als zwei derart aufwändige Ausgaben im Jahr versprechen, kürzere Infos zu aktuellen Themen zwischendurch wird es jedoch zusätzlich geben können.

Diese Zeitschrift ist schwerpunktmäßig der Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der „PISA“-Studie gewidmet. Dass in manchen Klassen nur wenig gelernt wird, wissen wir nicht erst seit „PISA“. Konsequenzen für den Ausbau und die Modernisierung des Bildungsbereichs fordert die GEW seit langem. Die öffentliche Resonanz ist jedoch seit „PISA“ anders geworden; der Zeitpunkt ist günstig, längst fällige Veränderungen anzumahnen.

Die ersten, die zu den „PISA“-Ergebnissen Stellung nahmen, waren Politiker, Journalisten und Wissenschaftler. Die Wirtschaft schloss sich lautstark an. Über die Gewerkschaften konnten – in geringerem Umfang – auch Lehrkräfte in den Medien zu Wort kommen.

Eine Expertengruppe kam meist zu kurz: die Schülerinnen und Schüler. Sie erleben Schule täglich und können sehr viel dazu sagen, was alles schief läuft. Daher stellen wir ihnen in dieser Zeitschrift – ebenso wie auf unserer Homepage – Raum zur Verfügung. Mit ihren Vorschlägen wollen sie zur Veränderung der Schule im Sinne von „PISA“ beitragen.

Die hier veröffentlichten Beiträge derer, die Schule alltäglich aushalten müssen, unterscheiden sich in ihrem Tenor wesentlich von den Verlautbarungen unseres Kultusministeriums. Das nämlich sah sich durch die „PISA“-Ergebnisse merkwürdigerweise bestätigt. Hier zwei Kostproben aus Presseerklärungen des HKM: „Kultusministerin Karin Wolff sieht die Notwendigkeit der neuen hessischen Bildungspolitik durch die am Wochenende bekannt gewordenen Ergebnisse der internationalen Vergleichsstudie PISA in mehrfacher Hinsicht eindrucksvoll bestätigt. "Ob mit der Unterrichtsgarantie, neuen Lehrplänen oder den zahlreichen Maßnahmen zur Förderung schwächerer Schülerinnen und Schüler: PISA zeigt, dass wir seit April 1999 im Bildungsland Hessen auf dem richtigen Weg sind", erklärte Wolff heute in Wiesbaden.“ (3.12.01) „Kultusministerin Karin Wolff sieht sich durch PISA in ihrem Kurs bestätigt. Hessen habe die Bildung in den Mittelpunkt seiner Politik gerückt und den Bildungsetat stärker als alle anderen Bundesländer gesteigert. "Damit ist ein Ruck durch unser Land gegangen", sagte Wolff heute ..." (13.12.01)

Schon erstaunlich, wie katastrophale Ergebnisse einfach in eine Bestätigung der eigenen Politik umgedeutet werden. Dass man die Augen vor den eigenen Schwächen verschließt und stattdessen lauthals genau das Gegenteil beschwört, reicht nicht, um wirklich zu besseren Ergebnissen zu kommen.

Narzissmus liegt voll im Trend. Situationen, in denen Schülerinnen und Schüler eigene Schwächen nicht sehen wollen, die Notwendigkeit, etwas dazu zu lernen, verleugnen und uns stattdessen großkotzig kommen, kennen wir alle. Mit der Frage, wie in solchen Situationen erfolgreich unterrichtet werden kann, beschäftigt sich ein Beitrag zum Thema „auffälliges“ Verhalten.

Empathie spielt in einer narzisstisch geprägten Zeit eine geringe Rolle. Wir setzen dagegen auf Solidarisierung, auf Kontakt und Auseinandersetzung mit anderen Gewerkschaften und engagierten Gruppen. Das soll auch so bleiben. Die Vorlaufzeit, die zur Erstellung des „GEW-info“ nötig ist, macht es allerdings nicht möglich, auf tagespolitische Ereignisse einzugehen. Dafür bitten wir um Verständnis.

Ihr

Michael Köditz

Impressum

Herausgeber:
Kreisverbände Offenbach-Land und Offenbach-Stadt der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Anschrift:
GEW-Info c/o Michael Köditz, Am Leinritt 10, 60386 Frankfurt

Internet: www.gew-offenbach.de
e-mail: info@gew-offenbach.de

Redaktion:
Giesela Beez, Dr. Wolfgang Christian, Michael Köditz (v.i.S.d.P.)

Layout: Hans-Jürgen Buch, Michael Köditz

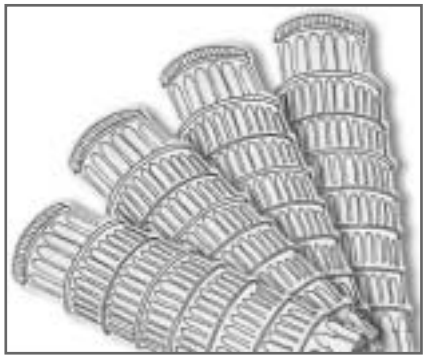
Druck: Imprenta, 63179 Obertshausen
Auflage: 1750 Exemplare

Fotos stellten zur Verfügung:
Rainer Golembiewski (S. 20, S. 23 Mitte rechts), Melanie Roß, Natascha Nadj, Nadja Helfmann (S. 9, 12, 14), Michael Köditz (S. 10), Reinhard Krause (S. 14), Christa Rugen (S. 2, 23), Ruth Storn (S. 5, 8, 17, 18, 19, 21), Jochen Zietlow (S. 7, 24);
in einigen Fällen war dabei nicht genau zu rekonstruieren, wer das Foto gemacht hat

Zeichnungen:
Alexandra Bastian (S. 2, 3, 15, 24), Nina Göckel (S. 11), Thomas Körner (S. 9, 13, 22) und Uli Simonis (Titelbild und S. 3, 7, 22)

Allen, die uns mit Fotos und Zeichnungen versorgt haben, ein ganz herzliches Dankeschön!

Inhalt



PISA

Was Schüler wollen

Solidarisieren!

PISA 2000 – eine Übersicht 4

Das deutsche Bildungssystem ist sozial ungerecht und nicht sehr effizient
Der schiefe Turm der deutschen Schulstruktur 5

Diskussion
PISA und kein Ende – was ist zu tun? 6

Die Kindertagesstätten stärken 7

PISA gegen Aussieben und Sortieren 8

Was Schüler wollen
Wir sind nicht dumm, sondern die Schulen sind veraltet 8

Wie die Schule verändert werden muss, damit wir gerne lernen 9

So wünschen wir uns die Schule der Zukunft 10

Was uns das Lernen erleichtern würde 10

Wir wollen mehr Spaß am Lernen 11

„Auffälliges“ Verhalten
Wie die Schule nicht alles noch schlimmer machen könnte 12

AG Gymnasien
Stellungnahme zur geplanten Oberstufenreform 17

Arbeits- und Gesundheitsschutz für Lehrkräfte
Endlich auf den Weg gebracht! 18

Beschluss der Mitgliederversammlung des KV Offenbach-Land
EDV-Systembetreuung an den Schulen 18

Solidarisieren!
Soziale Demontage geht weiter 19

ver.di Offenbach stellt sich vor 20

medico international 20

Gegen Umverteilung
Eine Gruppe redet Klartext 21

Satire
Das Arbeitsamt, die Post und ich 22

Adressen und Zuständigkeiten
Kreisvorstände OF-Land und OF-Stadt 23

PISA 2000 – eine Übersicht

Freiwillig teilgenommen am „Program for International Student Assessment“ (weltweit größte Schulstudie) haben

--- *weltweit:*
180.000 15-jährige Schülerinnen und Schüler aus 28 OECD-Staaten und 2 Nicht-OECD-Staaten

--- *deutschlandweit:*
5.000 Schülerinnen und Schüler aus 219 Schulen aller Schularten

Untersucht wurden 3 Bereiche

--- Lesekompetenz (Schwerpunkt)
--- mathematische und
--- naturwissenschaftliche Grundbildung

Mittelpunkt der Untersuchung war nicht auswendig gelerntes Wissen, sondern die Fähigkeit

--- Probleme zu lösen sowie
--- aus Wissen Schlüsse zu ziehen und es im Alltag anzuwenden

PISA geht weiter ...

PISA wird sich über vorerst drei Projektzyklen erstrecken:

1998 1999 2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007

1. Zyklus (PISA 2000)
Schwerpunkt Lesen; Nebenkomponenten:
Mathematik und Naturwissenschaften

2. Zyklus (PISA 2003)
Schwerpunkt Mathematik; Nebenkomponenten:
Lesen und Naturwissenschaften

3. Zyklus (PISA 2006)
Schwerpunkt Naturwissenschaften;
Nebenkomponenten: Lesen und Mathematik

Die wichtigsten Ergebnisse:

In allen 3 Kompetenzen liegen die deutschen Schülerinnen und Schüler deutlich im unteren Drittel des OECD-Durchschnitts.
Der Abstand zwischen den besten und schlechtesten Ergebnissen ist in Deutschland am höchsten.
Der Anteil derjenigen, die noch nicht einmal das unterste Niveau erreicht haben, ist in Deutschland ungewöhnlich hoch.
Auch bei den Höchstleistungen liegt Deutschland unter dem Durchschnitt.
Schwächen zeigen sich vor allem darin, erlerntes Wissen anzuwenden.
Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und schulischer Leistung ist in keinem anderen Land so gravierend.
Kinder aus Migrationsfamilien sind in Deutschland besonders benachteiligt.
Die frühe Sortierung in drei verschiedene Schulformen (H, R, G) fördert nicht die Schwächeren und stärkt nicht die Leistungsstarken.
In anderen Ländern verbringen die Kinder die Schulpflichtzeit , d. h. 9 Schuljahre, gemeinsam in integrierten Systemen.
In anderen Ländern sind Ganztagsschulen die Regel.
Sitzenbleiben und Abstufung in niedrigere Schulformen wird nur in Deutschland, der Schweiz und Luxemburg rigide angewandt.

zusammengestellt von Thomas Kiele

Das deutsche Bildungssystem ist sozial ungerecht und nicht sehr effizient

Der Befund der bildungssoziologischen PISA-Studie ist eindeutig: Die Leistungen des bundesrepublikanischen Bildungssystems gleichen einem pädagogischen Albtraum: Deutschland und die Schweiz sind die beiden Länder mit den größten Unterschieden in der Lesekompetenz von Jugendlichen aus höheren und niedrigen Sozialschichten (PISA 2000, S. 383).

Was beide Länder gemeinsam haben, ist die frühere Differenzierung nach nur vier Grundschuljahren in unterschiedlichen Schulformen. Dabei zeigt sich, dass beim Übergang von der vierten in die fünfte Klasse nicht vorrangig vergleichbare Leistungsunterschiede, sondern empirisch nachweisbar die Zugehörigkeit zu sozialen Klassen die Chance zum Besuch der Realschule oder des Gymnasiums bestimmt (Kapitel 8,4: Soziale Herkunft und Bildungsbeteiligung).

Sind die Unterschiede in der Leistungskompetenz der Schülerinnen und Schüler in Deutschland zu diesem Zeitpunkt noch nicht allzuweit auseinander, ändert dies sich im Verlauf der Sekundarstufe in den verschiedenen Schulformen gewaltig: Im untersuchten neunten Jahrgang überschreiten Jugendliche, „die aus den sozialen Klassen III (Routinedienstleistungen in Handel und Verwaltung), V-VI (Facharbeiter und Arbeiter) und VII (un- und angelernte Arbeiter) zwischen 25 und 35 % nicht die erste Kompetenzstufe im Lesen“! Nur 32 - 43 % aus diesen sozialen Klassen erreichen die Kompetenzstufe 2, die den Anforderungen der Rahmen- oder Lehrpläne des Faches Deutsch für die neunte Klasse der Hauptschule entsprechen.

Die PISA-Studie zeigt auch, dass die Lesekompetenz entscheidend für die mathematische und naturwissenschaftliche Grundbildung ist. Auch in diesen Bereichen werden ähnliche Ergebnisse dokumentiert.

Trotz der frühen Selektion ist das deutsche Bildungssystem mit seiner Elite, den Gymnasiasten, nicht sehr erfolgreich. Die Leistungen der besten Jugendlichen im neunten Schuljahr erreichen nur OECD-Durchschnitt.

Im Vergleich mit Deutschland gelingt es Teilnehmerstaaten mit den besten Testleistungen der Schülerinnen und Schüler die Unterschiede der Leistungskompetenz von Jugendlichen aus hohen und niedrigen sozialen Klassen gering zu halten.

Vertiefende Analysen zeigen:

„Eine Entkopplung von sozialer Herkunft und Kompetenzerwerb muss offensichtlich nicht mit einem Niveauverlust erkauft werden. Im Gegenteil: Es deutet sich eine positive Beziehung zwischen Leseniveau und Lockerung des Zusammenhangs von sozialer Herkunft und Schulerfolg an“ (PISA 2000, S. 389).

PISA – der schiefe Turm der deutschen Schulstruktur

Was unterscheidet die Staaten mit guten Testergebnissen von Deutschland?

Die meisten Staaten über dem OECD-Durchschnitt haben folgende Gemeinsamkeiten:

* Sie beginnen mit einer vorschulischen Förderung der Kinder ab dem 4. oder 5. Lebensjahr ähnlich wie der hessische Schulversuch der Eingangsstufe – aber flächendeckend.

* Sie unterrichten die Schüler gemeinsam in integrierten Systemen bis zum neunten Schulbesuchsjahr.

* Ein Ausgrenzen sozial schwacher Schichten wird vermieden.

* In der Grundschule werden die Kulturtechniken (Lesen, Schreiben, Rechnen) in Form von individualisierten Lernprogrammen vermittelt, die die Möglichkeit zu einer frühen Diagnostik von Leistungsschwächen und binnendifferenzierten Fördermaßnahmen bieten.

* In einigen Staaten (z. B. Finnland und Schweden) gibt es keine Noten und kein Sitzenbleiben. Statt dessen wird der persönliche Lernzuwachs dokumentiert und bei Schwächen ein Förderprogramm aufgestellt. Alle SchülerInnen sollen mitkommen.

* Es wird anders gelernt. Die Aufgabenstellungen sind praxisbezogener, handlungsorientierter und fächerübergreifend. Sie sind auch so offen, dass SchülerInnen mit unterschiedlichen Lernausgangslagen zu einer Lösung kommen können, entweder alleine oder in Kooperation mit anderen. Projektarbeit hat großen Anteil. Gute Schüler übernehmen Kurse und Nachhilfe für schwächere.

* Die erfolgreichen Länder haben meistens eine Ganztagsschule mit einem warmen Mittagessen. Die Zeit, in der SchülerInnen gemeinsam lernen und sich austauschen, dauert länger als in Deutschland.

* Die Kooperation der Lehrkräfte ist viel ausgeprägter. Sind bei uns Jahrgangssteams eher die Ausnahme, sind sie in Finnland, Schweden, den Niederlanden und anderswo die Regel.

* Es wird ein erheblich größerer Anteil des Bruttosozialprodukts für Bildung aufgewendet. Zum Beispiel finanziert Schweden sein Schulsystem mit 8,6 %, Deutschland mit 5,9 %. Damit wird dort auch eine wesentlich bessere Lehrer-Schüler-Relation erreicht.

Das deutsche Bildungssystem muss sich ändern!

Deutschland hat ein Schulstrukturproblem. Die Schule produziert zu viele schlechte und nur wenige gute Schulabgänger. Die Chance, dass ein Kind einer Kassiererin und eines Arbeiters einen höheren Schulabschluss als die Eltern erreicht, ist in Finnland viermal größer als in Deutschland.

Auch die Abschlüsse, die zu einem Hochschulstudium berechtigen, sind von der Anzahl in anderen Ländern viel höher als in Deutschland. Das deutsche Bildungssystem läuft Gefahr sich international zu isolieren, was qualifizierte Ausbildung anbelangt. Die Greencard wird es nicht richten!

Thomas Kiele

Diskussion

Welche Konsequenzen aus „PISA“ gezogen werden müssen, überlegen auf den folgenden Seiten Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler. Eure Stellungnahmen dazu drucken wir im nächsten Info ab – nur Mut!

In dem folgenden Beitrag will ich meine Sicht thesenartig vorstellen. Auf Polemik und umständliche Beweisführungen wird verzichtet. Damit werden die Thesen angreifbar sein, und das ist auch so gewollt. Alle Leserinnen und Leser sind aufgefordert, sich zu dem einen oder anderen Punkt zu äußern und so zu einer Diskussion im „GEW-info“ beizutragen. Diese könnte zu interessanten Ergebnisse führen. Also schreibt uns, liebe Kolleginnen und Kollegen!

PISA und kein Ende – was ist zu tun?

Kindertagesstätten und Vorschulbereich

1.1 Die natürliche Neugier der Kinder auf Natur und alles, was Menschen machen und gemacht haben, muss intensiv befriedigt werden. Die dazu notwendige Kommunikation in deutscher Sprache ist nachhaltig zu pflegen. Frühere sinnvolle Schwerpunkte wie der Aufbau von sozialer Kompetenz und Kreativität sollen weiter aufrecht erhalten werden.

1.2 Reformen in der Erzieherausbildung sind demzufolge notwendig: Erweiterung und Vertiefung der Allgemeinbildung, z.B. in Biologie, Physik, Musik und Sprachdidaktik. Damit einhergehend sind Status und Einkommen im Erzieherberuf seiner Wichtigkeit entsprechend signifikant zu erhöhen.

Einschulung und Grundschule

2.1 Kinder sollten im gegenseitigen Einverständnis von Eltern, Erzieher/innen und Lehrer/innen auch mit fünf, in Ausnahmefällen schon mit vier Jahren eingeschult werden können. Dies setzt allerdings voraus, dass die Grundschule relevante Elemente der Vorschulerziehung in ihre Programme aufnimmt und Spiel-Räume einrichtet.

2.2 Demnach müsste eine integrierte Arbeit von Lehrkräften mit Sozialpädagogen/innen ermöglicht werden. Dies setzt Konsequenzen in Aus- und Weiterbildung beider Berufe voraus.

Sprechen

3.1 Die Sprachkompetenz ist mehr denn jemals zuvor in das Zentrum der didaktischen und erzieherischen Arbeit zu stellen. Die Pflege des Sprechens hat auch die Aufgabe, die Sprachreduktionen und -schädigungen durch die Massenmedien zu kompensieren. Die Pflege des Sprechens hat nichts mit monotonem Unterricht in Grammatik, sondern viel mit Übungen in verschiedenen Sprechsituationen zu tun.

3.2 Eine zweite Fremdsprache ist in die Grundschule einzuführen. Welche das ist, sollte die Schule entscheiden. Wissenschaftlich begleitete Versuche sind notwendig für die Feststellung, in welchem Schuljahr die zweite Sprache in den Stundenplan aufgenommen werden soll.

Gemeinsames Lernen versus Selektion

4.1 Die Einheitsschule für alle bleibt das Ideal, also die Gesamtschule als Ganztagsschule. Angesichts der bildungspolitischen Kräfteverhältnisse – eben ein Ideal! Die mittelfristig realistischen Forderungen sind: Förderung der Lernprozesse zwischen den Gleichaltrigen, individuelle Förderung der Benachteiligten und Lernschwachen, differenziertes Lernangebot zur Aktivierung der Neugierde, Ausbau der Schulsozialarbeit.

4.2 Der Unterricht ist strukturell zu verändern: Aufhebung der Zeit- und Raumlimitationen, Ausrichtung zur gesellschaftlichen Realität, Methodentraining, Coaching statt Lehren, sinn- und problemorientiertes Verstehenlernen statt additivem Lernen und unverbundenem Aufnehmen von Lehrstoff.

4.3 Unter diesen Voraussetzungen sind allgemein 12 Schuljahre bis zum Abitur genug.

Die Arbeit des Lehrens verändern

5.1 Der Solipsismus der tradierten Lehrtätigkeit muss durch neue Organisationsformen der Zusammenarbeit überwunden werden, d.h. entschiedene Suche nach synergetischen Erneuerungen, die auf jeden Fall bisher unbekannte Formen von Autonomie der Lerngemeinschaften erfordern.

5.2 Horizontale Beratung und Kontrolle müssen an die Stelle hierarchischer Verantwortlichkeiten treten. Freies kooperatives Lernen und Lehren ist mit den Grundsätzen des Berufsbeamtentums nicht vereinbar.

5.2 Das Lehrerstudium bedarf dementsprechend einer grundsätzlichen Neuorientierung. Die Zusammenlegung der beiden Ausbildungsphasen sollte ein Teil davon sein.

Der Arbeitsplatz Schule

6.1 Weder für die Schüler- noch für die Lehrerschaft sind die herkömmlichen Raum- und Zeitstrukturen der Schulen weiterhin zu akzeptieren. Für alle Beteiligten muss die Schule ein attraktiver Lebens- und Lernraum werden, der nicht aus Pflicht, sondern aus Neigung aufgesucht wird.

6.2 Die Lehrer/innen brauchen Autonomie auf ihrer Suche nach neuen Wegen in ihrer Arbeit und Zusammenarbeit. Es wird ihnen dadurch gelingen, das Ansehen ihrer Berufstätigkeit ihrer Leistung gemäß zu erhöhen.

Wolfgang Christian

Wie oft gleichen wir (= Pädagoginnen und Pädagogen, d. Red.) dem Kinde, das der Katze eine Schleife an den Schwanz gebunden hat, sie mit einer Birne füttert, ihr seine Zeichnungen zeigt und verwundert ist, dass die Undankbare sich taktvoll verdrücken will oder verzweifelt zu kratzen anfängt.

Janusz Korczak

Die Kindertagesstätten stärken

Wenn PISA die Bedeutung vorschulischer Förderung deutlich macht, heißt das meiner Meinung nach nicht gleich, dass nun früher eingeschult werden müsste. Erfolgreiche Modelle wie die Eingangsstufe sollten zwar gerade in Brennpunktgebieten vermehrt eingeführt werden, und Maßnahmen wie Vorlaufgruppen sind unbedingt notwendig, wo eine gemeinsame Grundlage für den Unterricht in der Grundschule erst hergestellt werden muss. Dies gilt auch zur Förderung des Zweitspracherwerbs bei Kindern, die kein oder nur wenig Deutsch sprechen.

Insgesamt sollte jedoch nicht übersehen werden, dass Kindertagesstätten in der Regel besser dafür eingerichtet und ausgestattet sind, kleinen Kindern Räume zur spielerischen Entfaltung ihrer individuellen Fähigkeiten anzubieten als die meisten Schulen. Mit dem Situationsansatz, der Grundlage der Konzeption der meisten Kindertagesstätten ist, soll gezielt auf die spezifischen (Entwicklungs-) Bedürfnisse des jeweiligen Klientels eingegangen werden. Eine derartige auf die individuelle Situation des einzelnen Kindes bezogene Abstimmung des pädagogischen Vorgehens stößt heute noch in der Schule an Grenzen, wo etwa landesweit gültige Lehrpläne beachtet werden müssen.

Der Situationsansatz, der vielfältige Möglichkeiten vorsieht, den Entwicklungsbedürfnissen des einzelnen Kindes gerecht zu werden, muss jedoch in der Praxis ausgebaut und gestärkt werden, einmal durch entsprechende Aus- und Fortbildung, zum anderen durch die Bereitstellung entsprechender Stundenkontingente.

Die eigenständige Erarbeitung eines auf die jeweilige Gruppe bezogenen Curriculums, den der Situationsansatz beinhaltet, macht deutlich, dass die Ansprüche an die Tätigkeiten von Erzieherinnen und Erzieher weit über denen liegen, die normalerweise an eine Fachschulausbildung gestellt werden können. Daher sollte die Ausbildung höher angesiedelt werden. Die Anhebung auf Fachhochschulniveau fordert die GEW seit langem. Es ist nicht einzusehen, warum Bezugspersonen, die mit ihrer Arbeit wesentliche Fundamente für die kindliche Entwicklung legen, weniger gründlich ausgebildet und schlechter bezahlt werden als die Lehrkräfte, die diese Kinder anschließend unterrichten. Das in unserer Gesellschaft geltende Prinzip „je jünger die Kinder/Jugendlichen, desto kürzer die Ausbildung und schlechter die Bezahlung der Pädagogen“ ist ein Anachronismus. Die Erarbeitung eines auf die jeweilige Gruppe abgestimmten Curriculums benötigt darüber hinaus entsprechende Zeitkontingente für die Vorbereitung.

Zusätzliche Angebote in Kindertagesstätten sollten ausgeweitet werden. Entsprechend aus- und fortgebildete Fachkräfte könnten mit gezielten Angeboten z.B. im Bereich der Sprachförderung oder der Psychomotorik auf individuelle Entwicklungssituationen einzelner Kinder eingehen.

Vorschulische Bildung findet nicht nur im Kindergarten statt. Daher ist die Elternarbeit zu stärken; die Bildungsarbeit in Kindertagesstätten sollte mit Bildungsarbeit für die Eltern verbunden werden. Hausbesuche sind aufwändig, aber in der Regel besonders effektiv. Auch hierfür sind entsprechende Zeitkontingente zur Verfügung zu stellen. Bei Eltern, die der deutschen Sprache nur eingeschränkt mächtig sind, ist überdies die Einbeziehung von Fachkräften, die die entsprechenden Muttersprachen beherrschen, erforderlich.

Zentral ist die Forderung nach Beschränkung der Gruppengröße, wenn individuelle Förderung gestärkt werden soll. Gewerkschaften fordern seit langem eine Obergrenze von 20 Kindern, während die Städte und Gemeinden aus Kostengründen möglichst viele in einer Gruppe unterbringen wollen. In der Praxis sind jedoch auch 20 häufig zu viel, etwa wenn besondere Probleme im psychosozialen Bereich vorliegen.

Und natürlich darf auch an sinnvoller Ausstattung nicht gespart werden. Was die räumlichen Bedingungen (einschl. Außengelände) angeht, sollte nicht vergessen werden, dass die Anpassung der Städteplanung an die Forderung nach Wirtschaftswachstum, speziell auch der sich ständig verdichtende Verkehr, Kindern vielerorts kaum Möglichkeiten mehr lässt, ihre Umgebung selbstständig zu erforschen. Um so mehr besteht eine gesellschaftliche Verpflichtung, die Bereiche, in denen sich Kinder noch selbstständig bewegen können, großzügig zu dimensionieren und auszustatten.

Michael Köditz

GEW-TV:
Die neuen hessischen Lehrpläne werden den Ergebnissen der „PISA“-Studie nicht gerecht. Von links: Thomas Findeisen, Karin Schüßler, Dr. Wolfgang Christian

PISA gegen Aussieben und Sortieren

Spätestens seit PISA ist klar: Der Mythos, dass in möglichst homogenen Gruppen am besten gelernt wird, gehört auf den Müllhaufen. Die möglichst frühe Verteilung auf unterschiedliche Schultypen verstärkt nur die soziale Trennung und drückt das Leistungsniveau aller, selbst die optimale Ausbildung der Elite funktioniert so nicht.

Dies sind Tatsachen, die die hessische Kultusministerin nicht zur Kenntnis nehmen will. Ignorant erklärt sie die hessische Bildungspolitik durch PISA eindrucksvoll bestätigt und führt mit der zweiten Schulgesetznovelle ihre bisherige Linie fort:

* Alle Schulträger werden verpflichtet, ab Jahrgangstufe 5 schulformbezogene Klassen einzuführen.
* Sind die Schüler erst einmal sortiert, hindern die neuen schulformbezogenen Lehrpläne eine echte Durchlässigkeit, ein Überwechseln gibt es dann nur noch in die „niedrigere“ Schulform.
* Verschärfte Versetzungsbestimmungen verstärken die Auslese innerhalb einer Schulform.
* Gleichzeitig wird durch verschärfte Bestimmungen der Übergang zur Oberstufe erschwert.
* Auch innerhalb der gymnasialen Klientel wird weiter durch G8-Klassen ausgelesen und „besonders motivierten“ Schülerinnen und Schülern das Abitur nach 8 statt 9 Jahren ermöglicht.

Statt den Zug, der schon lange in die falsche Richtung fährt, zu stoppen, wird weiter seine Geschwindigkeit erhöht. Am Ziel sind verstärktere frühzeitige Ausgrenzung, ein Zunehmen der sozialen Spaltung und weitere Inkompetenz zu erwarten.

Aber nicht nur von der hessischen Landesregierung, sondern auch von anderen Gruppierungen werden aus der PISA-Studie lediglich die Ergebnisse zur Kenntnis genommen, die in ihr jeweiliges Bildungskonzept passen. Solche Art von selektiver Wahrnehmung wirft die Frage nach der Lesekompetenz der Betreffenden auf.

Wir Kolleginnen und Kollegen sollten dieser Instrumentalisierung entgegenwirken.

Der „PISA-Schock“ kann stattdessen die Möglichkeit bieten, Schule, ihre Finanzierung, ihre Struktur, die gesellschaftliche Wertigkeit von Bildung, die Lern- und Arbeitsbedingungen in der Schule neu zu überdenken und anders zu orten.

Überlassen wir die Meinungsführerschaft nicht nur den Politikern und Interessengruppen.

Führen wir sie an den Schulen in Konferenzen, an pädagogischen Tagen, mit dem Kollegium und mit der Schulgemeinde.

Gisela Beez

Was Schüler wollen

In den letzten Wochen und Monaten wurde viel über die PISA-Studie diskutiert. Dabei wurden in den Medien oft Schüler als „dumm" bezeichnet. Sicherlich ließ diese Studie deutsche Schüler im Vergleich zu andern Nationen relativ schlecht dastehen. Nun ist das eine Tatsache , aber beweist diese Studie auch tatsächlich, dass wir dümmer als andere sind???

Das fängt schon im Kindergarten an. Schon in diesem Alter sollte man die Kinder mehr fördern. Es gibt häufig Talente, die nicht entdeckt werden. Die sollte man bei den Schülern suchen und fördern. Dies kann zum Beispiel in AGs und Wahlkursen geschehen.

Bemängelt wird auch oft die Einrichtung von Schulen. Es fehlt an allen Ecken und Enden. Es

Wir sind nicht dumm, sondern die Schulen sind veraltet

Fakt ist, das hat die Studie ergeben, dass wir unsere Fähigkeiten nicht optimal anwenden können. Ein Hauptgrund dafür ist unser veraltetes Schulsystem. Bei uns werden Schüler von Anfang an eingestuft. Es gibt die Guten und die weniger Guten. Und dann wird nur ein Teil der Schüler gefördert. Die langsameren Schüler bekommen so oft nicht die notwendige Unterstützung – sie haben Pech gehabt. Wer bei uns nicht gleich mitzieht, der geht oftmals baden und hat dann später im Berufsleben keine Chance mehr.

kann zum Beispiel nicht sein, dass PCs vorhanden sind, diese aber von vielen Lehrern nicht bedient werden können (eine Ausbildungslücke der Lehrer, die an die Schüler weitergegeben wird). Man könnte diese Liste wahrscheinlich endlos fortsetzen.

Es fehlt natürlich an Geldern, aber sollte da nicht unsere Regierung etwas mehr ausschütten, denn im Vergleich zu anderen Staaten ist das, was unsere Regierung für die Bildung ausgibt, nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Weiter sollten sich unsere Regierung und unsere Schulen mal überlegen, wie sie uns den Unterricht schmackhafter machen könnten. Dafür wird nicht immer nur Geld benötigt.

GESTALTUNG DES UNTERRICHTS

Man könnte zum Beispiel den Unterricht interessanter gestalten, indem man aktuelle Themen durchnimmt. So sollte beim Lernen von Fremdsprachen nicht immer nach einem Lehrbuch vorgegangen werden, sondern die Sprache sollte an Hand von kleinen Rollenspielen, einer Unterhaltung etwa, erlernt werden. Was nützt es uns, wenn wir Vokabeln gelernt haben, sie aber nicht im Gespräch anwenden bzw. aussprechen können?

Man sollte vielerlei spielerisch erlernen. Nicht dass Sie mich missverstehen, aber reines Pauken und Auswendiglernen heißt noch lange nicht, dass man eine Sprache auch SPRECHEN kann!

Viele Schüler finden naturwissenschaftliche Fächer langweilig. Das liegt daran, dass dort nur mit Fachbegriffen und Formeln um sich geworfen wird, anstatt an Hand von Versuchen zu zeigen , was uns z.B. die Chemie und die Physik im Alltag bringt.

Die Lehrer sollten vom Lehrbuch abweichen und uns stattdessen praktische Dinge, die uns später von Nutzen sind, beibringen.

Wir wollen Dinge lernen, die uns im Leben wirklich weiterbringen. Aber wer muss als Kaufmann oder als Koch das Periodensystem kennen??? Interessieren würde ich mich dafür eher, wenn ich wüsste, wie ich dieses Wissen anwenden kann. Darüber habe ich aber leider noch nichts gelernt. Sorry für diese teilweise harten Worte, aber denkt mal darüber nach!

Niels Nyncke, Schülervertreter

Wie die Schule verändert werden muss, damit wir gerne lernen

Wir Schülerinnen und Schüler wollen in den Pausen Musik hören, um uns ein bisschen vom vorigen Unterricht zu erholen. Genauso wie wir in den Fächern Werken und Textil beim Arbeiten Musik hören können. Wenn wir in diesen beiden Fächern Musik hören, macht es uns mehr Spaß zu basteln und zu nähen, und die Musik stört auch den Unterricht nicht, weil wir etwas praktisch tun.

Wir wollen gerne helle Farben und Pflanzen in den Klassenräumen haben, weil es dadurch gleich viel freundlicher aussieht.

Wir wollen Themen im Unterricht behandeln, die uns alle interessieren. Wir wollen interessante aktuelle Themen. Wir könnten z.B. darüber sprechen, was der Euro eigentlich bringt. Wir würden gern über aktuelle Filme reden. Wir möchten die unterschiedlichen Musikarten besprechen. Gewalt ist ein Thema, das uns sehr beschäftigt, und wir wollen auch wissen, was in der Umwelt so passiert. Die Lehrer sollten ihre Schülerinnen und Schüler fragen, was sie für Themen durchnehmen wollen.

Wir Schülerinnen und Schüler möchten über die Themen, die im Unterricht durchgenommen werden, erst einmal mit ein paar Klassenkameradinnen und Klassenkameraden diskutieren können. Wir hätten gern, dass die Lehrer uns die Gelegenheit geben, 5-10 Minuten mit unseren Tischnachbarn zu reden, nachdem ein Thema vorgestellt wurde, bevor wir dann vor der ganzen Klasse etwas dazu sagen sollen.

Wir Schülerinnen und Schüler wollen etwas von den Lehrern, und zwar: Alle Lehrer sollen uns genau zuhören, wenn sie von uns gefragt werden, weil wir etwas nicht verstanden haben, und es uns dann wirklich genau noch mal erklären!

Wir wollen auch etwas Abwechslung im Unterricht. Wir wollen z.B. Lockerungsübungen machen, um neue Kraft zu bekommen, oder ein paar Späße machen, damit der Unterricht nicht so ernst ist.

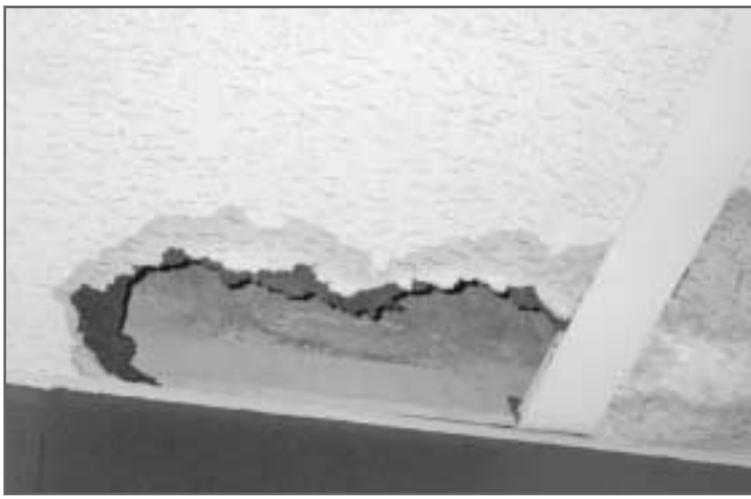
Sandra Straube

Und so soll es nicht aussehen!

Fotografische Beiträge zum Thema leisteten Melanie Roß, Natascha Nadj und Nadja Helfmann.

Die Fotos zeigen Detailaufnahmen aus Offenbacher Schulen.

Rechts ein Loch in der Decke, durch das es in die Schule regnet. Weitere Fotos der drei auf den Seiten 12 und 14.



So wünschen wir uns die Schulen der Zukunft

Schulen sollten von außen einladend wirken.

Schulhöfe sollten mehr Grünanlagen mit Tischen und Bänken haben, damit man sich in den Pausen hinsetzen kann.
Für Schülerinnen und Schüler mit Autos sollten ausreichend Parkplätze zur Verfügung stehen.
In der Schule sollte warmes Essen angeboten werden, damit Schülerinnen und Schülern, die nachmittags Unterricht haben, ein Mittagstisch angeboten werden kann.

Die Toiletten sollten sauber sein. Sonst mögen wir sie nicht benutzen und warten, bis wir zu Hause sind. Und wer „muss“, kann sich nicht konzentrieren.
Wir wünschen uns eine Cafeteria mit Verkaufsfenster zum Schulhof, damit wir uns im Sommer von außen Essen und Trinken kaufen können.

In jeder Schule sollte ein Fahrstuhl eingebaut sein, damit Behinderte eine größere Auswahl an Schulen haben.

Es sollten genügend Klassenräume zur Verfügung stehen, so dass jede Klasse ihren eigenen Raum hat.

In den Klassenräumen sollten bequeme Tische und Stühle stehen. Die Räume sollten eine warme Atmosphäre ausstrahlen (z.B. farbige Wände, Pflanzen).

In jedem Klassenraum sollte ein PC mit Internetanschluss stehen.
Unterrichtsthemen sollten mit den Schülerinnen und Schülern gemeinsam gewählt werden.

Die Lehrer sollten mehr auf schwächere Schülerinnen und Schüler eingehen und ihnen helfen, wenn sie etwas nicht verstanden haben.

In den naturwissenschaftlichen Fächern sollte mehr praktisch unterrichtet werden (wir wollen z.B. öfter selber Versuche machen).

Es sollten mehr Auslandsfahrten und Schüleraustausch stattfinden, um das Lernen von Fremdsprachen zu erleichtern.
Es sollte zusätzliche Wahlfächer und AGs geben, in denen die Schülerinnen und Schüler ihren jeweiligen Interessen nachgehen können.

Alle Schülerinnen und Schüler sollen Sportunterricht bekommen. Dafür braucht jede Schule ihre eigene Sporthalle.

Julia, Roberta, Silke, Kerstin, Sandra

von links nach rechts; oben: Benjamin, Andreas, Sadaf
Mitte: Sabine, Silke, Peter, Sandra, Roberta
unten: Asadullah, Niels (alle Käthe-Kollwitz-Schule, Klasse 11s1)

Was uns das Lernen erleichtern würde

Oft wirken Schulen von außen langweilig und trist, da sie meist grau oder weiß gestrichen sind. Zudem sind sie häufig dreckig und beschmiert. Das sollte anders werden!

Weil die Schüler oftmals bis 15.00 Uhr Schule haben, sollte die Cafeteria täglich geöffnet sein. In jeder Schule sollte es einen Kiosk geben, damit die Schüler die Möglichkeit haben, sich zwischendurch etwas zu essen und trinken zu holen.

Die Ausstattung der Klassenräume bzw. der Fachräume lässt in den meisten Schulen zu wünschen übrig. Beispielsweise fehlen in Schulen PCs und Fachkräfte, die sie warten und mit ihnen umgehen können!!!

Auch die naturwissenschaftlichen Fachräume lassen zu wünschen übrig. Sie müssen besser ausgestattet werden. Oft können Schülerexperimente nicht durchgeführt werden, weil es an Material mangelt.

Eine bessere Ausstattung wünschen wir uns auch für die Schulbibliothek. Diese sollte möglichst ständig geöffnet sein. Die Schüler sollten sich alle Informationen, die sie z.B. für Referate benötigen, dort besorgen können.

Es sollten kleinere Klassen gebildet werden, um ein intensiveres Lernen zu gewährleisten.

In kleineren Klasse würden auch die schwächeren Schüler besser zum Zuge kommen. Sie könnten sich nicht mehr -- wie oft in großen Klassen -- hinter der Vielzahl von Schülern verstecken. Der Lehrer hätte einen besseren Überblick und könnte mehr auf Einzelne eingehen.

Die Schüler finden den Unterricht teilweise langweilig. Er ist oft zu strikt an den Lehrplänen orientiert. Um mehr Interesse für den Unterricht zu wecken, sollten die Klassen die Themen mit auswählen können.

Neben dem regulären Unterricht sollten den Schülern mehr Arbeitsgruppen angeboten werden. Zum Beispiel wünschen wir uns Computerkurse.

Asadullah, Peter, Sabine, Niels

Wir wollen mehr Spaß am Lernen

Für viele Verbesserungen an unseren Schulen bräuchten die Schulen mehr Geld. Das stellt der Staat nicht zur Verfügung. Er steckt es lieber in die Rüstung oder andere Dinge, die nicht so wichtig für unsere Zukunft sind wie eine gute Ausbildung.

Daher überlege ich zuerst, wie man Veränderungen durchführen kann, die wenig kosten. Ich fange an mit dem Verhalten von Lehrern und Schülern.

Wir Schüler sind keine Unschuldsengel, klar, aber wir wollen auch Rechte haben. So das Recht auf eine eigene Meinung, das in der Schule oft massiv beeinträchtigt wird mit Sätzen wie etwa: „Setz dich wieder hin oder...ich trage dir eine sechs ein!!“ oder „...du kannst gehen und deine Eltern kommen mal hierher!!!“

Lehrer sollten einem zuhören, solange die Diskussion sachlich verläuft und bei keiner Seite unüberlegte Aggressionen auslöst. Sie sollten also möglichst immer ruhig bleiben.

Natürlich gibt es auch regelrechte „Arschgeigen“ unter Schülern. Da gibt es den Super-Skinhead und 100% -igen Nazi, der meint, mit seinen Freunden einen türkischen Mitschüler „ärgern“ zu müssen. Da gibt es das Modepüppchen, das nichts besseres zu tun hat, als sich zu schminken und mit ihrem blöden „Ich bin doch so süß“-Getue ihre Noten verdienen will. Diese Leute nerven; sie stören den Unterricht, indem sie versuchen, sich wichtig zu machen, denn alle gucken sie an, aber dabei gehen sie uns nur auf die Eier.

Wenn der Lehrer einen von ihnen dran nimmt, heißt es: „können sie es vielleicht noch einmal sagen?“, weil sie nicht aufgepasst haben; oder der Lehrer ermahnt sie und dann kommt es zu den unsinnigsten Diskussionen, weil sie beleidigt reagieren.

Lehrer und Schüler sollten sich gleich behandeln. Lehrer sollten uns nicht mit übertriebener Autorität kommen und Schüler nicht mit einer „leck mich doch“-Einstellung, das macht nämlich alles nur noch schwerer als es ohnehin schon ist.

Wo wir beim Thema Autorität sind: Lehrer genießen einfach zu viele Vorrechte. So können sie in einem warmen Zimmer rauchen – und wir nur draußen. Schüler bekommen selbst mit 18 noch Briefe nach Hause, damit sie machen, was andere (=Lehrer) von ihnen wollen. Auf den meisten Schulen werden wir nicht zu Individuen erzogen, sondern zu „Arschkriechern": immer das machen, was andere wollen.

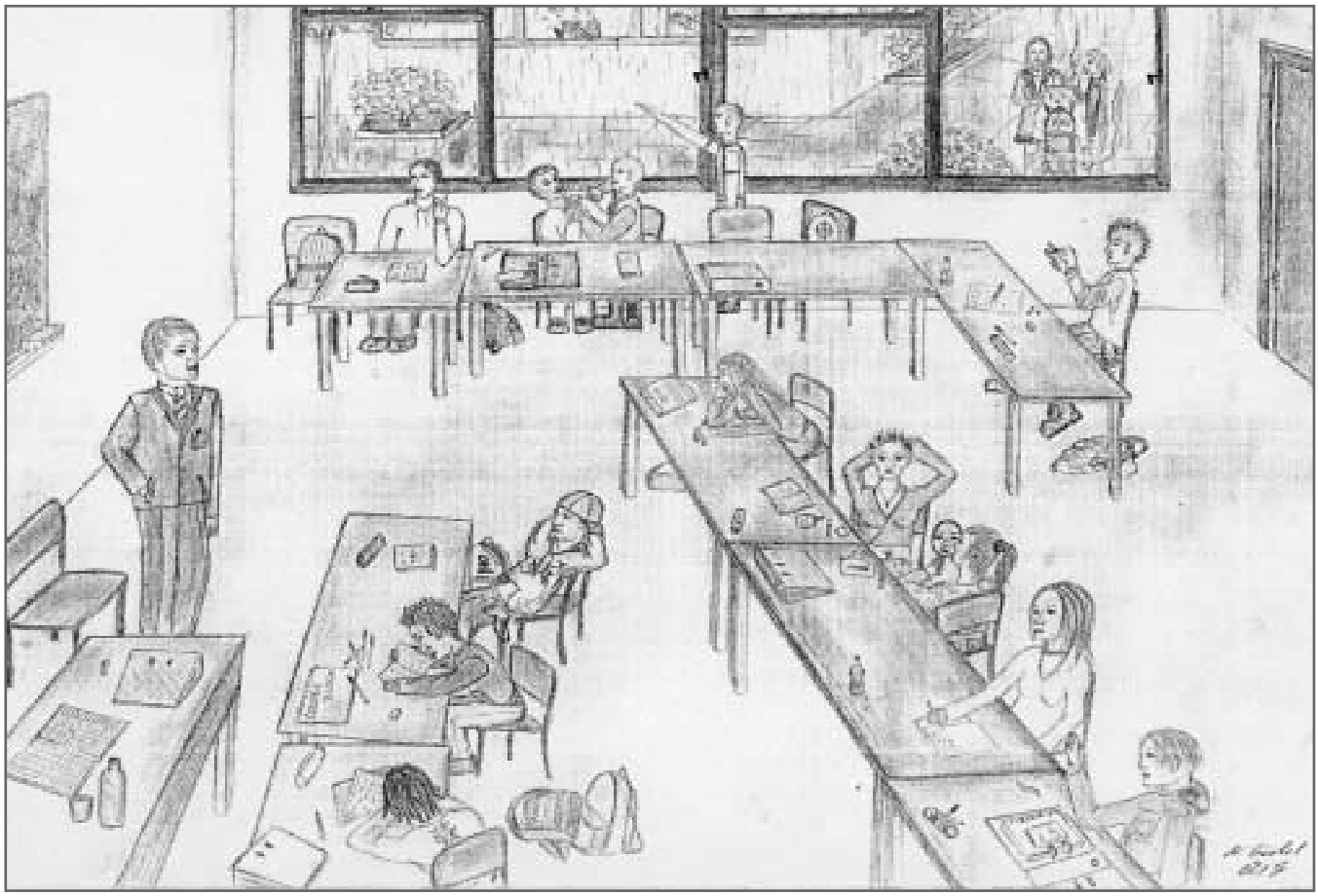
Finanziell gesehen könnte man mal an Stelle neuer Büros für Abteilungsleiter eine anständige Aufenthaltshalle oder einen Aufenthaltsraum, der verschiedene Möglichkeiten anbietet, sich zu entspannen, einrichten – für Schüler wie Lehrer!!!

Mit zusätzlichen Geldern sollte man Schulbücher, die auf dem neuesten Stand sind, in ausreichender Menge zu beschaffen.

Die Schulen sollten zusätzliche kreative und sportliche Nachmittagsangebote einrichten. Hier könnten Schüler ihre Talente ausprägen. Gerade Schüler, deren Eltern nicht so viel Geld haben, dass sie teure Vereinsbeiträge zahlen können, könnten hier ihren Interessen nachgehen.

Allerdings: mit Geld allein ist es auch nicht getan. Aus dem Gegeneinander, das durch Konkurrenz und Hierarchie entsteht, muss ein Miteinander werden.

Andreas



Nina Göckel zeichnete die von Andreas beschriebene Schulklasse: Skins und Modepüppchen nerven, und der Lehrer droht mit “Sechsen”.

„Auffälliges“ Verhalten

Lehrkräfte haben zunehmend mit Schülerinnen und Schülern zu tun, die durch massive Störungen des Unterrichts auffallen. In einigen Schulformen machen ganze Klassen deutlich, dass sie „keinen Bock haben“. Dass in derartigen Milieus die Lernerfolge gering sind, versteht sich von selbst. Aus der Untersuchung der Hintergründe dieser Problematik sollen Überlegungen abgeleitet werden, wie eine Schule aussehen kann, in der reibungsloser gelernt werden kann.

Wie die Schule nicht alles noch schlimmer machen könnte

Mehr als 10% der Schülerinnen und Schüler müssen als psychisch belastet und auffällig im Verhalten betrachtet werden; mit einem Anstieg auf bis zu 20% muss neueren Forschungsergebnissen zufolge gerechnet werden. Ähnlich hoch ist der Anteil negativer Schulkarrieren. So verlassen in der Stadt Offenbach 13% der Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss, im umliegenden Landkreis sind es „nur“ 9% (Zahlenangaben: Staatliches Schulamt Offenbach (Hg.), Verhaltensauffällig – Schülerproblem oder Schulproblem? Offenbach 2001).

Haupt- und Berufsschulklassen, in denen Schülerinnen und Schüler in der Pubertät unterrichtet werden, haben einen besonders schlechten Ruf. Aber auch in anderen Schulformen nehmen die Probleme zu. Eine aktuelle Hamburger Studie ergab, dass Jungen in den Klassenstufen 7 und 8 der Gymnasien „praktisch nichts mehr dazu lernen“; dies ganz besonders, was den Erwerb sprachlicher Kompetenzen betrifft (Erziehung und Wissenschaft 2/2002, S.20).

So verschiedenartig die Erscheinungsformen auch sein mögen, die folgenden habe ich in als schwierig geltenden Klassen regelmäßig beobachtet: Auffällig ist ein großes Maß an Unruhe. Wenn jemand etwas mitzuteilen hat, muss sie/er das sofort tun. Egal, ob die Mitteilung zum Unterrichtsthema gehört oder nicht. Egal, ob sie an die Klasse gerichtet ist oder an Einzelne. Und davon ist oft auch die Lautstärke unabhängig. Ein konzentriertes Unterrichtsgespräch ist vielfach kaum möglich, spontane Bedürfnisse sind anscheinend kaum aufschiebbar. Das betrifft Toilettengänge, bei Älteren das Rauchen; etwas zu essen holen, organisatorische Fragen klären, alles soll sofort geschehen. Typisch ist, mitten in einer zentralen Erläuterung, die unterbrechende Frage: „Kann ich eine Schulbescheinigung haben?“.

Oft hat die Lehrkraft einen schweren Stand in einer Klamauk-Atmosphäre. Die „fun-generation“ nimmt Gestalt an.

Dies alles erscheint zunächst als Rücksichtslosigkeit. Zu konstatieren ist jedoch die Unfähigkeit bzw. Unwilligkeit vieler Schülerinnen und Schüler, Gesprächen, in denen nicht die momentanen Bedürfnisse der eigenen Person im Vordergrund stehen, auch nur ansatzweise zu folgen. Besonders schwierig ist die Behandlung von Themen, die von der eigenen Lebenswelt entfernt sind. Politik, wozu denn? Was schert uns z.B. Afrika? Ausnahmen sind bei bewegenden Ereignissen (wie nach dem 11.9.2001) möglich, aber auch hier verlieren viele bald die Lust, wenn es in die Tiefe geht oder komplexer - und damit schwieriger - wird.

Überhaupt ist die Bereitschaft, Anstrengungen jeder Art auf sich zu nehmen, gering. Wenn es schwierig wird, tritt heftige Abwehr auf den Plan. In derartigen Fällen „haben wir schon alles verstanden“, auch wenn dies ganz offensichtlich nicht der Fall ist; die Unruhe und die Bedürfnisse, den Klassenraum zu verlassen, steigern sich enorm; und im Zweifelsfall ist der Lehrer an allem Schuld. Ich schlage vor, derartige Gefühle Ernst zu nehmen und zu untersuchen, anstatt mit Druck zu reagieren.

Detailaufnahme aus einer Offenbacher Schule (vgl. S. 9)

Diese Gefühlslage korreliert mit Größenvorstellungen, die viele Schülerinnen und Schüler von ihren eigenen Leistungen, Fähigkeiten und Lebensperspektiven haben. Deutlich werden diese nicht nur bei unrealistischen Berufszielen, sondern z.B. auch bei Notenbesprechungen. Kaum nachvollziehbare Empfindlichkeiten werden hier sichtbar. Es gibt Schülerinnen und Schüler, denen eine 2+ schon als Kränkung erscheint. Aber auch jede andere Art von auch nur ansatzweise kritischen Hinweisen wird allzu oft als schwere Beleidigung verbucht. Wenn es dann aber „zum Schwur kommt“, tauchen viele plötzlich ab. Wenn Leistungen gezeigt werden sollen, am Ende noch in einem auch anderen zugäng-lichen Rahmen (wenn etwas z.B. einer anderen Klasse vorgeführt werden soll), tritt häufig verblüffende Ängstlichkeit auf.

Ein Schlüssel zum Verständnis des beschriebenen Verhaltens liegt vielfach in tiefen Ängsten, was die Fähigkeiten, Chancen und den Wert der eigenen Person überhaupt betrifft. Viele Pädagogen spüren schon ganz intuitiv, dass z.B. hinter dem jugendlichen Großmaul, das Anforderungen jeglicher Art nicht die Bohne zu interessieren scheint, in Wirklichkeit ein Mensch steckt, der sich seiner selbst in hohem Maße unsicher ist. Und eine Anforderung, die diese mühsam überspielte Unsicherheit spürbar werden lässt, weckt allzu leicht Wut, die sich gegen die Person richtet, die die Anforderungen stellt, also hier die Lehrkraft.

Eine ähnliche Wut ist häufig auch zu registrieren, wenn Konflikte der Schülerinnen und Schüler untereinander auftreten. So machen vermehrt verfeindete Cliquen in Klassen das Arbeiten sehr schwierig. Gegen Außenseiter wird oft recht gnadenlos vorgegangen. Viele Schülerinnen und Schüler wollen Unterschiedlichkeiten nicht tolerieren. Jemand, der anders drauf ist, stellt auch die eigene Person (bzw. das eigene Design) in Frage, und das scheint schwer auszuhalten.

Die Abwehr gegen alles, was eigene Unzulänglichkeit spürbar werden lassen könnte, macht das Unterrichten schwierig. Wo es notwendig wäre, sich mit den eigenen Lücken auseinander zu setzen, Neues zu lernen, tritt heftiger Unmut auf. Probleme werden nicht bewältigt, weil das Sichtbarwerden eines Lernbedarfs bereits als Verletzung erlebt wird. Unterrichtsstörungen können somit die Funktion haben, neuerliche Kränkungen zu verhindern.

Die Situation in Klassen, in denen Unterrichtsstörungen die Regel sind, ist mitverantwortlich für die hohe Belastung, die unser Beruf mit sich bringt. Aber auch die Schülerinnen und Schüler in diesen Klassen sind keineswegs zufrieden. Sie sind selber über die Unterrichtsstörungen erbost (wobei sie die eigene Beteiligung dabei in der Regel kaum wahrnehmen), langweilen sich, empfinden die Zeit in der Schule als sinnlos; und im Hintergrund lauern Zukunftsängste, weil Lernerfolge ausbleiben.

Wenn Lehrkräfte verschlissen werden, Schülerinnen und Schüler wenig lernen und sich vorwiegend negative Haltungen verfestigen, ist dies nicht weiter hinzunehmen. Wie können wir mit dieser Situation so umgehen, dass ein erfolgreiches Lernen wieder möglich wird? Können wir die Schule so gestalten, dass entsprechende Reifungsprozesse angeregt werden? Und welche Unterstützung brauchen wir dazu? Hilfreich für die Beantwortung dieser Fragen kann dabei der Blick auf erfolgreiche Konzeptionen im psychotherapeutischen Bereich sein.

Vor einer Problematik, die interessante Parallelen aufweist, stand in den 70er Jahren die Psychoanalyse. Die Behandlung erfolgte vielfach noch nach Mustern, die Jahrzehnte zuvor entwickelt worden waren. Gleichzeitig veränderten sich die Probleme, die die Klienten mitbrachten. Statt zwanghafter Neurosen herrschten vermehrt Borderline- und narzisstische Störungen vor, die kaum therapierbar schienen. Mit stark zunehmender Tendenz: „In den Fällen, in denen Menschen heute therapeutische Hilfe in Anspruch nehmen, liegen fast immer Beeinträchtigungen des Selbstwertgefühls zugrunde“, schrieb Wintels 30 Jahre später (in: Andreas Wintels, Individualismus und Narzissmus, Mainz 2000, S.22). In dieser Situation entwickelten Kohut und seine Mitarbeiter die Selbstpsychologie, die ermöglicht, diese Problematik vor ihrem gesellschaftlichen Hintergrund zu verstehen und erfolgreich zu behandeln. Interessanterweise näherten sie sich dabei methodisch in einigen Punkten der Humanistischen Psychologie an.

Der Selbstpsychologie zufolge werden Selbstsicherheit vermittelnde Strukturen im Kontakt entwickelt. In der Spiegelung durch Andere erfahren wir, wer wir sind. Eine zentrale Rolle spielen „Selbstobjekte“. In Erfahrungen mit ihnen, oft anderen Menschen, zu denen eine enge Bindung besteht und die den eigenen Bedürfnislagen verständnisvoll gegenüberstehen, findet sich das Selbst und konsolidiert sich zu einem Ganzen. „Selbstobjekterfahrungen“ vitalisieren, steigern das Selbstwertgefühl und fördern Reifungsprozesse; wir brauchen wie die Luft zum Atmen. Damit räumt die Selbstpsychologie auch mit der Vorstellung auf, wir könnten uns zu vollständig unabhängigen Individuen entwickeln, die Anderer nicht mehr bedürften.

„Andere“ in diesem Sinne sind zunächst Bezugspersonen, die in der Lage sind, sich in die kindlichen Bedürfnisse einzufühlen. Die Auflösung familiärer Beziehungsstrukturen nimmt in unserer Gesellschaft jedoch zu. Vielfach ist eine Verlässlichkeit nicht gegeben, weil Trennungen Unsicherheit vermitteln und/oder Eltern durch eine überfordernde Berufstätigkeit – oder auch aufgrund eigener Bedürftigkeit – nicht in der Lage sind, ihre eigenen Bedürfnisse um die ihres Kindes willen zurückzustellen.

Auch die von der Wirtschaft geforderte Mobilität hat hier ihren Preis: Umzüge machen den Aufbau neuer Beziehungsgeflechte notwendig. Vielfache Wechsel – auch der hauptsächlichen Bezugspersonen – müssen übrigens besonders häufig Kinder aus Migrantenfamilien verkraften.

Zur Entwicklung eines stabilen Selbst ist das Erleben eigener Effektanz (Selbstwirksamkeit) notwendig (Ernest Wolf, Theorie und Praxis der psychoanalytischen Selbstpsychologie, Frankfurt/Main 1998). Durch das, was ich selbst bewirken kann, erfahre ich, wer ich bin. Wolf fordert daher dazu auf, sich auf „optimale Responsivität“ zu beschränken: Kinder brauchen zur Entwicklung ihrer Fähigkeiten nur dann Unterstützung, wenn sie allein nicht weiter kommen. Denn wenn es gelingt, etwas selbstständig zu bewirken, wird das Selbstwertgefühl in besonderem Maße gestärkt.

Eltern, die selbst narzisstisch bedürftig sind, können die Entwicklung ihrer Kinder hier kaum unterstützen. Sie haben die Tendenz, ihr Kind zu „überspiegeln“. Sie sehen im Kind sich selbst, und indem sie es zu einer Prinzessin oder einem Prinzen machen, machen sie sich selbst zum Königspaar. Oft ist es für sie unerträglich, die Gefühle mitzuerleben, die ihr Kind hat, wenn es etwas immer wieder probiert, aber es zunächst nicht schafft. Sie haben die Tendenz einzugreifen und dem Kind alle Schwierigkeiten abzunehmen. Damit verhindern sie zugleich, dass ihr Kind Modelle dafür entwickelt, eigenständig Probleme zu lösen. Sie können es schwer aushalten, wenn ihre Kinder beginnen, eigene Schritte zu gehen, weil sie ihre Bedürftigkeit zur Aufrechterhaltung der eigenen Stabilität brauchen.

Das Entdecken der weiteren Umwelt ohne Eltern, das Erleben der eigenen Selbstständigkeit in einer Kindergruppe, die durch Feld und Flur streift, ist für Kinder heute schon aufgrund des zunehmenden Verkehrs kaum noch möglich. Oftmals müssen sie durch die halbe Stadt zu ihren Spielgefährten chauffiert werden, und Erwachsene sind meist „helfend“ zur Stelle, wenn es einmal schwierig wird.

Die Autonomie des Individuums wird in der weiteren Entwicklung gestärkt durch „aversive“ Spiegelungen. Besonders bei Jugendlichen spielt dieser Vorgang eine große Rolle. Ich erfahre auch, wer ich bin, wenn mir ein anderer zeigt, wer und wie ich nicht bin. Das kann nur funktionieren, wenn das Gegenüber den Mut hat, authentisch aufzutreten und die eigenen Grenzen deutlich zu machen. Wenn Eltern bzw. Pädagoginnen und Pädagogen aber zu sehr selbst darauf angewiesen sind, von den Kindern positiv gespiegelt zu werden, kann dieser Prozess nicht gelingen.

Reifungsprozesse ermöglichen, dass auch Erfahrungen, die sich nicht auf Personen beziehen, Selbstobjekterfahrungen ermöglichen. So können etwa kulturelle oder politische Identifikationen zur Stabilisierung des eigenen Selbst beitragen.

Gelingt die Entwicklung, wird der Umgang mit Selbstobjekten reifer. Es ist nun möglich, in ihnen, soweit es sich um andere Menschen handelt, Personen mit eigenständigen Wünschen und Bedürfnissen zu sehen, und das eigene Selbst ist nicht bedroht, wenn einmal nicht die gewünschte Resonanz erfolgt.

Auch im kulturellen und politischen Bereich ist es dann möglich, Enttäuschungen zu verarbeiten und eine Weltsicht zu entwickeln, die neben „schwarz“ und „weiß“ eine zunehmende Anzahl von Grautönen aufweist. Unterschiedliche Realitäten können so akzeptiert werden. Erst die Vorstellung, dass auch andere Wahrnehmungen und Einstellungen als die eigenen ihren Wert und ihre Existenzberechtigung haben, macht einen tiefen und gleichberechtigten Austausch mit anderen Menschen möglich. Voraussetzung ist natürlich, dass auch die Eltern bzw. Pädagoginnen und Pädagogen fähig sind, die Realitäten anderer zu ertragen.

Unsere vernetzte und damit auch komplexer gewordene Welt erschwert jedoch einfache Orientierungen. Versuche, die Welt in „gut“ und „böse“ einzuteilen, können zwar kurzfristig faszinieren, werden aber in der Regel bald von der Realität eingeholt. Klare Strukturen sind nicht ohne Weiteres erkennbar. Dies auszuhalten erfordert ein hohes Maß innerer Stabilität. Fehlt diese, können sich Gefühle von Unsicherheit und Haltlosigkeit verstärken. Auch die Katastrophen und Kriege, mit denen wir vermehrt konfrontiert werden, tragen zur Ausbreitung von Gefühlen der Hilflosigkeit bei.

Die Medienindustrie gaukelt dagegen eine zumindest am Schluss meist „heile Welt“ vor. In der Identifikation mit omnipotenten Heldinnen und Helden können wir uns für einen Moment unserer Unsicherheit entledigen. Hier ist alles möglich, außer der Umsetzung in unseren Alltag. Im Vergleich mit den Medienhelden jedoch sind wir alle Versager. Wer den Aufstieg von Tellerwäscher zum Millionär nicht schafft, wer nicht so perfekt ist wie die Figuren, die uns in den Medien vorgeführt werden, hat schon verloren. Der Weg zum Erfolg aber bleibt im Bereich des Magischen. Stetes Bemühen ist er jedenfalls nicht. Und scheint nicht tatsächlich eher Zufall eine Rolle zu spielen bei der Frage, wer zu etwas kommt und wer nicht? Lohnen die Mühen einer soliden Ausbildung, wenn hochqualifizierte Akademiker/innen arbeitslos werden? Erfolgreich scheint, wer reich (geerbt) und schön ist, und dazu kann schulische Bildung nicht verhelfen. Begründete Zukunftsängste haben auch die, die in der Schule erfolgreich sind.

Foto: Reinhard Krause (taz) mit frdl. Genehmigung

Wenn nun die Reifungsprozesse misslingen, besteht die Gefahr, dass die betroffene Person nur oberflächliche Kontakte eingeht, Auseinandersetzungen vermeidet und stattdessen Erlebnisse sucht, die mit einem Gefühl von Großartigkeit verbunden sind. Dies ist oft mit Süchten verbunden; das zu Größenerlebnissen verhelfende Kokain ist nicht umsonst Modedroge.

Die Beschäftigung mit eigenen Defiziten wird sorgfältig vermieden. Die Stabilisierung des eigenen fragilen Selbst steht so sehr im Vordergrund, dass jede Empathie für andere Menschen fehlt. Andere dienen lediglich als Objekte, die benutzt werden; ihre Bedürfnisse werden kaum registriert, sie spielen keine Rolle. Im Gegenteil kann es von eigenen Unzulänglichkeiten entlasten, die Schwächen anderer herauszustellen. Mobbing hat in der Regel diese Funktion.

Wir sollten im Auge behalten, dass es sich dabei keineswegs um Bosheit, sondern um Selbstheilungsversuche handelt, die notwendig misslingen müssen. Auch ein tiefes Verstehen der eigenen Person ist dabei ausgeschlossen, Schein statt Sein ist die Devise.

Diese Problematik weist über die einzelner Schülerinnen und Schüler weit hinaus. Mir fiel vor kurzem ein Plakat der „Dresdner Bank“ auf. Ein vor seinem Spiegelbild(!) stehender junger Mann fragt sich: „Soll ich *sie* zum Essen einladen? Oder gibt's noch bessere Geldanlagen?“. Wo keine Empathie möglich ist, verkümmert Resonanz zur Rendite.

Narzisstische Strukturen sind Zeitgeist. Wir finden sie wieder in Kultur und Politik, in den „Blasen“ der Börsen, in der Verfolgung wirtschaftlicher und politischer Ziele ohne Rücksicht auf soziale und ökologische Folgen, aber bei gleichzeitiger medienwirksamer Verheißung von Verbesserung. Vordergründig ist es entlastend, nicht anzusehen, was durch das eigene Handeln in einem nicht auf Solidarität, sondern auf Profit ausgerichtetem Kontext angerichtet wird. Zusätzlich bieten Größenerlebnisse eine (Schein-) Möglichkeit, Gefühlen der Entfremdung und Vermassung, die die Struktur unserer Gesellschaft mit sich bringt, wenigstens punktuell zu entkommen.

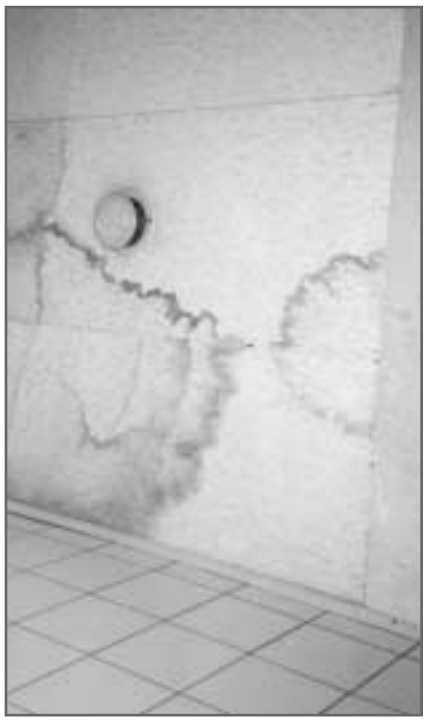
In den beschriebenen Verhaltensweisen unserer Schülerinnen und Schüler spiegeln sich grundlegende gesellschaftliche Widersprüche wieder. Eine aus pädagogischer Sicht verantwortungsbewusste Schule muss gerade auch deshalb ein Ort sein, der die emotionale Situation der Schülerinnen und Schüler ernst nimmt und ihnen Möglichkeiten zur Entwicklung bietet.

Wie das aussehen kann, soll unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Selbstpsychologie diskutiert werden. Von zentraler Bedeutung für die Praxis der Selbstpsychologie ist der Begriff „Ambiente“. Damit ist nicht nur die räumliche Umgebung gemeint, sondern die Atmosphäre insgesamt, die dem Klienten begegnet. Dies schließt die Haltung des Therapeuten ein.
Da Menschen mit einem fragilen Selbst in hohem Maße dazu tendieren, in allem, was ihnen begegnet, Hinweise auf ihren Selbstwert zu sehen (eben weil sie Selbstobjekterfahrungen suchen), bekommt die Frage, wie ein Raum eingerichtet ist und wie der Mensch, der dort empfängt, gerade gelaunt ist, eine eminente Bedeutung. Ein Mensch mit narzisstischen Defiziten wird nur zu motivieren sein, sich auf einen Lernort einzulassen, wenn er spüren kann, dass hier positive Erfahrungen für ihn möglich sind.

Das Ambiente muss Angenommensein, Verständnis und Akzeptanz vermitteln; eine freundlich entspannte Atmosphäre, die nicht lustfeindlich ist. Hand aufs Herz: davon sind die meisten Schulen Meilen entfernt. Schulen werden in der Regel kostengünstig errichtet und in Stand gehalten, und das sieht man ihnen an. Viele wirken schon von außen grau und trist.

Ich habe mich gefragt, was passieren würde, wenn man eine „schwierige“ Klasse in eine Hundertwasser-Schule verlegen könnte. Ich gehe davon aus, dass eine bisher ungekannte Atmosphäre von Neugier, Entdeckerfreude und Lust, in die Schule zu gehen, die Folgen wären. Dieselben Klassen würden beginnen, eine geschätzte Umgebung zu pflegen, anstatt sie mit halb ausgetrunkenen Colaflaschen, Kaugummis, Bonbon- und Butterbrotpapieren zu garnieren.

Zu den ersten Erfahrungen in einer neuen Schule gehören bürokratische Akte, das Verkünden von Regeln, das Austeilen von Erklärungen, die unterschrieben werden müssen, zum Teil sogar Tests.


Details aus einer Offenbacher Schule (vgl. S. 9)

Persönliche Begrüßungen, die Mut machen, stehen nicht im Vordergrund. Positive Ansätze gibt es in Grundschulen, die die Kinder an „Kennenlerntagen“ neugierig auf die Schule machen und ihnen zeigen, was hier alles Schönes gemacht wird. Für derartige Ansätze ist mehr Raum zu gewähren. So könnten die Schülerinnen und Schüler an Stelle einer anonymen Anmeldung im Sekretariat auch in weiterführenden Schulen zu einem freundlichen Gespräch eingeladen werden, bei dem man die Klassenlehrerin oder den Klassenlehrer kennen lernen kann und spezielle Wünsche und Motivationen besprochen sowie die Möglichkeiten, die die Schule bietet, dargestellt werden können. Einzelgespräche würden auch denen, die sich in großen Gruppen zu Beginn unsicher fühlen, den Einstieg erleichtern.

Dafür fehlen allerdings in der Regel sowohl Raum als auch Zeit, und für Kaffee und Gebäck ist ohnehin kein Geld da. Spinnerei? Welche Bedeutung haben Anfänge für die Entwicklung der Einstellung zu einem neuen Ort! Wenn es gelänge, hier schon das Eis zu brechen, könnte sehr viel an zähflüssigem Unterricht gespart werden.

Ein fester Klassenraum, der als der „eigene“ adoptiert werden kann und ein Stundenplan, der von Anfang an feststeht, können zur Verstärkung eines Gefühls von Sicherheit in der neuen Schule dienen. Dass Lehrkräfte erst nach Schuljahresbeginn zugeteilt werden, ist nicht gerade hilfreich.

Sicherheit vermitteln dagegen feste Bezugspersonen, die mit möglichst vielen Stunden in einer Klasse eingesetzt sind. Diese sollten auch nicht nebeneinander her arbeiten, wie dies vielfach der Fall ist, einfach weil für Koordinationsaufgaben fast keine Stundenkontingente vorgesehen sind, sondern sowohl konzeptionell als auch operativ als Team sichtbar werden.

Hilfreich zur Entwicklung von Verständnis gerade für „schwierige“ Schülerinnen und Schüler sind Einzelgespräche, Elternkontakte und Hausbesuche. Hierfür fehlt oft die Zeit, und auch die räumlichen Bedingungen stimmen nicht, wenn Einzelgespräche auf dem Flur oder Schulhof stattfinden.

Wenn tragfähige Beziehungen aufgebaut werden sollen, dürfen die Klassen nicht zu groß sein. Überdies fühlen sich viele Kinder in großen Klassen emotional überfordert.

Viele Schülerinnen und Schüler kennen auch nach einem Jahr gemeinsamen Unterrichts noch nicht Namen aller Mitschüler. Und das gilt oft auch für Lehrkräfte, die mit nur ein oder zwei Wochenstunden in einer Klasse eingesetzt sind. Wenn wir die Beziehungslosigkeit in unserer Gesellschaft fördern wollen: nur weiter so!

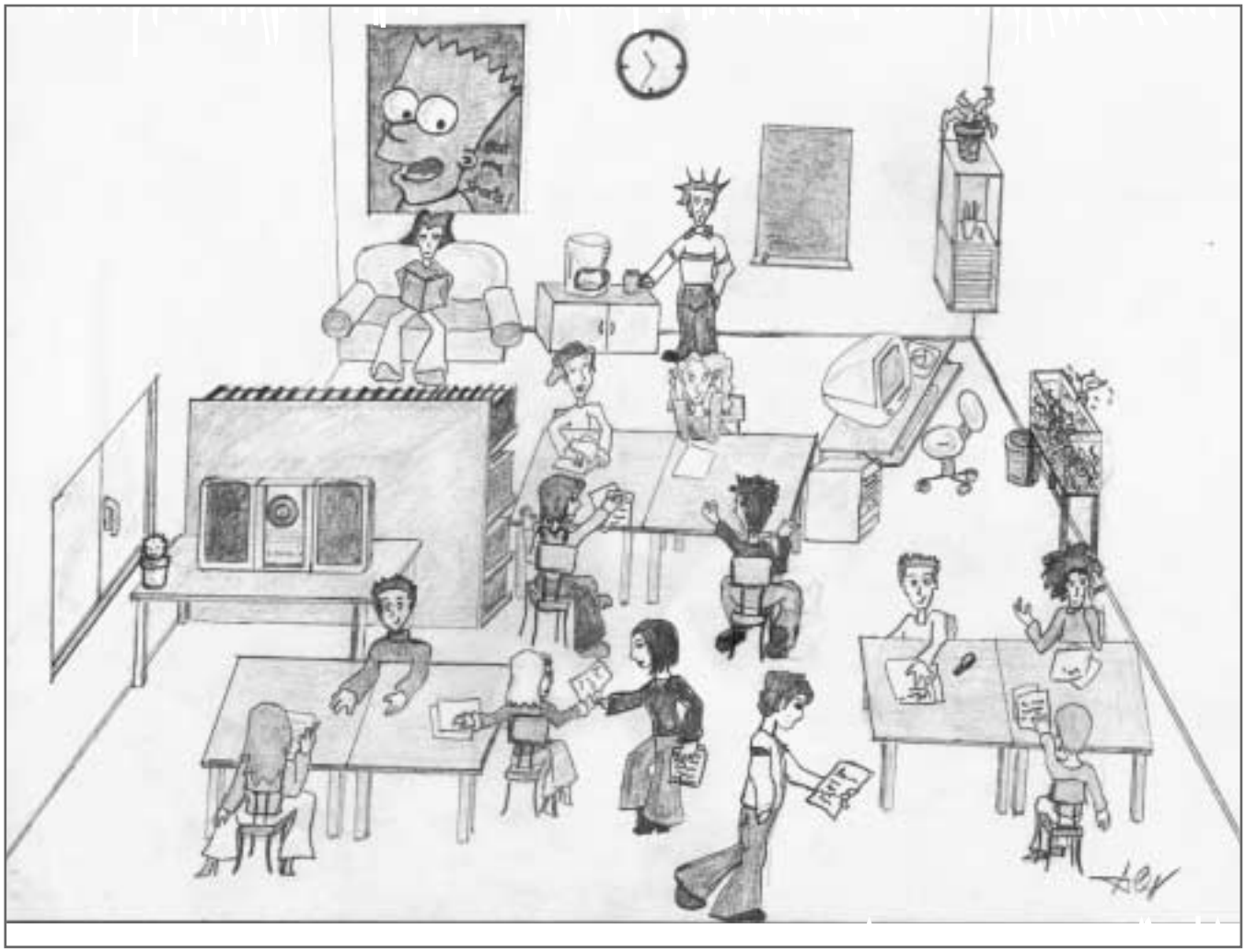
Die Haltung der Lehrkräfte sollte – wie dies die Selbstpsychologie von Therapeuten fordert – von Interesse für ihr Klientel und deren Welt sowie von Empathie gekennzeichnet sein. Einfühlungsvermögen heißt allerdings nicht, scheinbar verständnisvoll auf sämtliche Schülerwünsche einzugehen. Wenn es mir gelingt, mich in einen anderen Menschen einzufühlen, bemerke ich natürlich auch, wenn er versucht, mich zu manipulieren. Ich kann nachvollziehen, welche Ängste ihn dazu veranlassen, etwas zu vermeiden, bestimmten Situationen auszuweichen, welche Tricks er benutzt und welche Sehnsüchte dahinter verborgen sind, die Situationen zu meistern, vor denen er flieht.

So verstanden bedeutet Empathie, stand zu halten und ein klar abgegrenztes Gegenüber zu bleiben, das sich nicht kontrollieren lässt, sondern aufzeigt, wo Weiterentwicklung notwendig ist.

Tatsächlich werden Lehrkräfte, die sich leicht „linken“ lassen, von den meisten Schülerinnen und Schülern nicht besonders gemocht, weil sie spüren, dass diese sie in ihrer Entwicklung kaum unterstützen können.

Eine empathische Lehrkraft kann nachvollziehen, welche Gefühlslagen zu negativ bewerteten Verhaltensweisen geführt haben. Die auch von der Selbstpsychologie geforderte Vermeidung von moralischer Verurteilung ergibt sich in diesem Kontext ganz von selbst. Wenn Schülerinnen und Schüler Schuld- und Schamgefühle wegen ihrer Unzulänglichkeiten entwickeln, ist dies ihrem Lernen abträglich.

Unser schulisches Benotungs- und Selektionssystem spielt auf der psychischen Ebene eine fatale Rolle. Menschen, die sich ihres eigenen Wertes unsicher sind, verstehen Zensuren nicht als Rückmeldung über ihren Leistungsstand, sondern als Bewertung ihrer Person. Dies wird sogar im alltäglichen Sprachgebrauch deutlich. Kaum jemand sagt: „Ich habe für meine Leistungen im Fach Englisch die Note „gut“ bekommen.“ Es heißt einfach: „In Englisch bin ich gut.“



So stellt sich Alexandra Bastian eine Klasse vor, in der sie gerne lernen würde. Der Lehrer ist übrigens der Punk hinten an der Kaffeemaschine. Da muss sich noch viel ändern...

Mein Sohn, von dem ich vieles gelernt habe, was mir die Lehramtsausbildung nicht vermitteln konnte, hat mir am Anfang meines Lehrerdaseins eingeschärft: „Wenn du jemandem eine „5“ gibst, denkt der, du kannst ihn nicht leiden.“ Noten wecken folgerichtig Widerstand. Durchfallen oder sitzen bleiben wird als Verurteilung empfunden und mobilisiert selbst bei Menschen mit stabilem Selbst in hohem Maße Ängste. Wenn Anforderungen die Gefahr einer Kränkung der Persönlichkeit mit sich bringen, wird ihnen ausgewichen. Täuschung wird an der Schule bis zur Perfektion erlernt.

Gegen Kränkung und Selektion wehrt man sich. Der Unterricht wird zum heimlichen Kampf, und es ist wesentlich schwerer, von einem Gegner zu lernen, dem man sich mit gutem Grund verschließt, als von einem Menschen, dem man vertraut. Dieser Kampf verschleißt bei allen Beteiligten Kräfte, die sinnvoller genutzt werden könnten.

Ist Angst wirklich ein guter Lehrmeister? Gerade bei Schülerinnen und Schülern, die häufiges schulisches Scheitern erlebt haben, kommt es immer wieder zu Totalblockaden in Prüfungssituationen. Wenn nun gerade in Schulklassen, in denen die landen, die bereits wiederholt ausselektiert wurden, verstärkt auf Zensurendruck und Abschlussprüfungen gesetzt wird, wird dies kaum dazu führen, dass mehr gelernt wird.

Ganz anders verhält es sich bei differenzierten individuellen Rückmeldungen. Je konkreter ich Schülerinnen und Schülern sagen kann, wo ihre Stärken und Schwächen liegen, desto mehr fühlen sie sich von mir gesehen und verstanden. An einer derartigen Beurteilung können sie problemlos beteiligt werden. Das Herausarbeiten ihrer Entwicklungspotenziale trät zur Festigung ihrer Selbstwahrnehmung bei. Leider sind die ersten zaghaften Ansätze in der Grundschule, Noten durch konkrete Beurteilungen zu ersetzen, wieder rückgängig gemacht worden. Dabei könnten auch Eltern bzw. Arbeitgeber einer differenzierten Beurteilung wesentlich mehr Informationen entnehmen als einem Ziffernzeugnis.

Persönlichkeitsbildung kann nur stattfinden, wo eigene Erfahrungen gemacht werden; davon geht auch die Selbstpsychologie aus. Der Wert allen Wissens, das nicht durch eigenes Handeln erworben oder erprobt werden konnte, ist begrenzt. Im traditionellen Frontalunterricht werden große Mengen „Stoff“, die die Lehrkraft referiert, für Klassenarbeiten oder Prüfungen unter Druck angeeignet. Stoff, der nur für eine Klassenarbeit oder Prüfung gelernt werden musste, an dem oft auch kein persönliches Interesse bestand, erweitert in der Regel nicht die eigene Persönlichkeit, sondern wird gleich nach der Klassenarbeit oder Prüfung vergessen.

Selbsttätigkeit und Handlungslernen sollten im Vordergrund stehen. Der Stolz der Schülerinnen und Schüler über die erzielten Ergebnisse wird gesteigert, wenn möglichst viel davon auf eigenen Recherchen und eigenem Handeln basiert. Dabei wird auch mehr Mut zu einer späteren Berufsausübung gemacht als durch passives Pauken im Frontalunterricht.

Die Schülerinnen und Schüler lernen dabei sehr viel intensiver: „Ich kann etwas.“ Sie erleben Selbstwirksamkeit, was für narzisstische Reifungsprozesse unabdingbar ist. Lehrerinnen und Lehrer können also sehr viel tiefergehende Lernprozesse anregen, wenn sie frontale Vermittlung auf ein Mindestmaß beschränken, sondern vorwiegend unterstützen und beraten.

Motiviertes eigenes Forschen und Handeln setzt natürlich auch persönliche Fragestellungen und Interessen am Thema voraus. Inhalte und Ziele sollten daher auf Interessen und Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler fußen und Situationen aufgreifen, die für ihr Leben Relevanz haben. Feste Lehrpläne, die für ein ganzes Bundesland festlegen, was wann gelernt wird, sind kontraproduktiv.

Dabei wird die Beschränkung auf einzelne Fächer obsolet. Derartige Aufgabenstellungen werden in der Regel vielfältige Kompetenzen erfordern, was im übrigen auch den Anforderungen der Arbeitswelt wesentlich mehr entspricht. Denn wer muss schon am Arbeitsplatz erst reine Mathe-Aufgaben lösen und anschließend Englisch sprechen?

Nur in Gruppen, die so klein sind, dass jeder zur Erfüllung der Aufgabe gebraucht wird, wird die in Schulen häufige Drückebergerei vermieden. Klassen sind hierzu in der Regel viel zu groß. Ein Großteil des Unterrichts sollte daher auf Kleingruppenarbeit entfallen. Die Kleingruppen sollten in der Schule alle Möglichkeiten zu Forschungs- und Produktionstätigkeiten haben.

Ein derartiges Lernen kennen wir aus dem Projektunterricht. Damit dieser aber nicht nur in gelegentlichen Projektwochen oder einzelnen Fächern stattfindet, muss die Schule insgesamt umstrukturiert werden. Anleihen könnten wir bei den skandinavischen Schulen aufnehmen, die wohl auch deshalb wesentlich bessere PISA-Ergebnisse erzielt haben als wir.

So stelle ich mir das vor: Wenn im Klassenrahmen Interessen und daraus resultierende Fragestellungen und Aufgaben besprochen sind, machen sich Gruppen von 3-5 Personen an die Arbeit. Die Schule bietet vielfältige Möglichkeiten. Da gibt es eine ständig geöffnete Bibliothek, ein AV-Medienzentrum mit Mediensammlung, jederzeit zugängliche Computerräume mit Internetzugang, Bewegungs-, Spiel- und Theaterräume, Werkstätten und Laboratorien, die Materialien und Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, Büros mit Telefon, die von Klassen genutzt werden können, Räume, die der Begegnung und Entspannung dienen, Restaurant- und Cafébereiche usw. In den Fachräumen stehen Lehrkräfte zur Verfügung, um Hilfestellung zu leisten. Manche Gruppen verlassen gar die Schule und recherchieren in Lehrerbegleitung außerhalb, führen Befragungen durch, machen Fotos etc. Die Ergebnisse werden immer wieder im Klassenrahmen zusammengetragen, verglichen, die Aufträge neu aufeinander abgestimmt. Lehrkräfte führen in die Thematik ein, geben Hinweise, stellen Fragen, machen auf Zusammenhänge, Probleme und Lösungsmöglichkeiten aufmerksam, begleiten Gruppen, die Unterstützung benötigen, beobachten den Prozess insgesamt und regen zur Reflexion an. Mit Einzelnen, die der Beratung oder Förderung bedürfen, kann in Zeiten, in denen die anderen selbst zurecht kommen, separat gearbeitet werden. Und natürlich werden die Aktivitäten nicht durch 45-Minuten-Rhythmen gebremst.

Derartiger Unterricht beinhaltet ein intensives Training der Teamfähigkeit. Diese muss jedoch in der Regel erst eingeübt werden, besonders wenn langjährige Schulerfahrungen vorausgegangen sind, in denen eher konkurrente Haltungen erlernt wurden.

Angebote, die auf Integration abzielen – etwa aus der Gestalt- oder der Motopädagogik – können dabei unterstützen, Selbstbewusstheit und soziales Lernen zu fördern. Selbstbewusstsein bedeutet auch, den eigenen Körper spüren und mit ihm umgehen zu können; Bewegung und Entspannung tragen zur Selbstfindung bei. Musische und künstlerische Angebote können Interessen der Schülerinnen und Schüler aufgreifen und die Entfaltung individueller Fähigkeiten ermöglichen. Der Stellenwert dieser Angebote wird durch ihre Aufnahme in den Wahlpflicht- oder Pflichtbereich deutlich.

Kontakte nach außen werden hergestellt, z.B. durch Veranstaltungen, auf denen Ergebnisse präsentiert und mit externen Referenten diskutiert werden oder in Läden, in denen man Produkte, die in der Schule hergestellt werden, kaufen kann usw.

Aufgrund der vielfältigen Tätigkeiten lernen Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen Voraussetzungen miteinander und voneinander. Ein dreigliedriges Schulsystem macht hier gar keinen Sinn mehr.

Vielleicht würden derartige Schulen ein wenig aussehen wie Kindergärten für Große, spielerische Elemente wären dabei ohnehin in das Lernen integriert.

In Sternstunden (bzw. -wochen) können wir zur Zeit an unseren Schulen derartige Projekte durchführen. Und wenn man Schülerinnen und Schüler nach Jahren wieder trifft, ist es meist nur das, was sie erinnern.

Dass ein derartiges Lernen zur Regel wird, stößt auf vielfältige Hindernisse, strukturelle, organisatorische, curriculare, räumliche usw. Wir haben keine Lehrkraft, die während des Unterrichts die Bibliothek betreut. Werk- und Computerräume sind ständig besetzt. Spontan benötigte Materialien oder Bustickets können nur unter Schwierigkeiten abgerechnet werden. Gruppenarbeitsräume fehlen. Klassenarbeiten und Prüfungen setzen auf einen standardisierten Wissenskanon statt auf individuelle Lernprozesse.

Hier ist eine grundsätzliche Umstrukturierung nötig, die große Anstrengungen und Kosten verursachen wird. Die derzeitige Schule ist allerdings eine riesige Verschwendung von Mitteln und Ressourcen überhaupt, wenn Schülerinnen und Schüler nur geringe Motivation entwickeln, wenig lernen und (wie PISA ergab) noch weniger anwenden können.

Die Frage, wie in der Schule gelernt wird, ist von großer Bedeutung für die psychische Entwicklung von

Schülerinnen und Schülern. Die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften im psychologischen Bereich muss daher verstärkt werden. Wo Beziehungen im Vordergrund stehen, ist die Beschäftigung mit der eigenen Persönlichkeit unabdingbar. Selbsterfahrung und Supervision müssen feste Bestandteile von Ausbildung und Berufsausübung werden, wie dies in anderen pädagogischen Berufen bereits seit Jahrzehnten selbstverständlich ist. Dies muss natürlich mit der Bereitstellung von Zeitkontingenten und Mitteln gefördert werden; derart bedeutsame Aspekte können nicht privater Initiative überlassen bleiben.

Lehrkräfte sind keine Therapeuten. Sie können jedoch psychische Reifungsprozesse ihrer Schülerinnen und Schüler unterstützen. Die Selbstpsychologie geht davon aus, dass schon durch ein geeignetes Ambiente mit Rahmenbedingungen, die Möglichkeiten zu förderlichen Erfahrungen bietet, automatische Wachstumsprozesse angeregt werden, die zur Ausbildung eines reifen Selbst führen.

Michael Köditz

AG Gymnasien

Nach dem Entwurf zur Änderung des Hessischen Schulgesetzes ist nun auch der Verordnungsentwurf zur gymnasialen Oberstufe veröffentlicht worden.

Wir kritisieren die weitreichende Hierarisierung der Fächer und halten daran fest, dass alle Fächer in der gymnasialen Oberstufe gleichberechtigt sein sollen, da sie alle fachwissenschaftlich und -didaktisch ausgewiesen sind. Das war ein Kernpunkt der Oberstufenreform von 1972. Nun sollen aber wieder die traditionellen Hauptfächer Deutsch, Fremdsprachen/ Naturwissenschaften, Mathematik als Prüfungsfächer festgelegt werden. Zusammen mit der Belegverpflichtung und der Einschränkung der Leistungskurswahl werden die übrigen Fächer abgewertet. Damit werden weniger Jugendliche die Abiturprüfung bestehen.

nicht akzeptieren, dass dafür der Unterricht im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich massiv gekürzt und das Fach Gemeinschaftskunde aufgelöst werden soll zugunsten eines nur bis zur Stufe 12 verbindlichen Faches „Politik und Wirtschaft“. Wichtige Themen wie die Ursache und die Auswirkungen des sozialen Wandels, die Globalisierung mit ihren ökonomischen, soziokulturellen und politischen Dimensionen und der Themenbereich Ökologie drohen gestrichen zu werden. Das Niveau politischer Bildung an hessischen Gymnasien würde drastisch gesenkt.

Die Reduzierung der Inhalte des Faches Sozialkunde soll bereits in der Unter- und Mittelstufe beginnen. Die Themen der Arbeitslehre, die im Gymnasium völlig gestrichen wurde, sollen in „Politik und Wirtschaft“ und Kolleginnen schon im Dezember abgegeben werden müssen. Zu diesem Zeitpunkt ist teilweise die 2. Kursarbeit noch nicht geschrieben und noch nicht klar, welche Unterrichtsinhalte bis zum Halbjahresende tatsächlich behandelt sein werden.

Auch hier sehen wir eine unnötige Stresserzeugung für Lehrer und Lehrerinnen und fordern die Beibehaltung der Termine zur Abgabe der Aufgabenvorschläge nach den Weihnachtsferien.

Die Fraktionen im Landtag fordern wir auf, die vorliegenden Entwürfe abzulehnen.

Die Bildungschancen unserer Kinder und Jugendlichen dürfen nicht verschlechtert werden!
Die Arbeitsbelastung der Lehrer und Lehrerinnen darf nicht ständig erhöht werden!

Stellungnahme zur geplanten Oberstufenreform

Mit vermehrten Abiturprüfungen in den Naturwissenschaften wird die Zahl der Studenten der Natur- oder Ingenieurwissenschaften nicht steigen. Dazu ist ein intensiverer Unterricht in der Mittelstufe notwendig, vor allem Experimentalunterricht in kleinen Gruppen, der jetzt nur durch Stundenausfall für den Rest der großen Klassen möglich ist.

Nach dem neuen Entwurf entfallen z.B. Leistungskurskombinationen D/Gk, D/Ku, D/Mu, D/Ge und D/Sp, weil Deutsch nicht mehr 1. Leistungsfach sein kann. Warum sind diese Fachkombinationen nicht gut genug für das Abitur?

Die Einschränkung der individuellen Schwerpunktbildung verhindert die Ausschöpfung der Begabungsreserven unserer Jugendlichen und verringert ihre Bildungschancen.

Dieselben Auswirkungen haben die Verschärfungen der Übergangsbestimmungen von der Realschule zur gymnasialen Oberstufe bzw. zum beruflichen Gymnasium. Vielen Jugendlichen wird dann eine qualifizierte Ausbildung verwehrt. Manche Schulen fürchten schon um ihre Existenz. Für weniger Schüler braucht man weniger Lehrer. Will die CDU/FDP-Regierung so ihre Unterrichtsgarantie finanzieren?

Die Erhöhung der Stundenzahl für Deutsch und Mathematik mag zwar sinnvoll sein. Wir können aber behandelt werden auf Kosten gesellschaftspolitischer und sozialer Aspekte. Damit sind wir nicht einverstanden!

Die Abiturprüfung soll von 4 auf 5 Prüfungen erweitert werden, was nicht nur für die Schüler und Schülerinnen eine Mehrbelastung, sondern auch für die Lehrer und Lehrerinnen eine erhebliche Mehrarbeit bedeutet, zumal auch vor einer mündlichen Prüfung ein schriftlich formulierter Erwartungshorizont vorbereitet werden muss.

Ganz extrem wird die Mehrarbeit bei der Betreuung einer „besonderen Lernleistung“, die zum Glück noch nicht verbindlich ist, bei der sich die Lehrer und Lehrerinnen für jeden Schüler oder jede Schülerin in ein ganz spezielles Thema einarbeiten müssen, um die Arbeit beurteilen zu können.

Die im Entwurf vorgesehene Terminierung der schriftlichen Abiturprüfung im Februar erscheint uns nicht sinnvoll. Das Abitur ist eine Abschlussprüfung und sollte gegen Ende des 2. Halbjahres liegen. Die schriftlichen Prüfungen kurz vor den Osterferien würden eine Korrektur ohne Stress ermöglichen, wobei trotzdem über einen Ausgleich für die Korrekturarbeit nachzudenken ist.

Die frühen Termine für die schriftlichen Prüfungen haben dem Entwurf nach zur Folge, dass die Vorschläge für die Prüfungsaufgaben von den Kollegen

Diese Stellungnahme wurde von der AG Gymnasien am 7.02.02 verabschiedet. Inzwischen ist ein **Teilerfolg** der Proteste zu verzeichnen:

In dem Ende Februar vorgelegten neuen Entwurf der Verordnung zur gymnasialen Oberstufe wurden die Termine für die schriftlichen Abiturprüfungen geändert::
Die SchülerInnen schreiben die Arbeiten erst kurz vor den Osterferien. Die LehrerInnen müssen die Entwürfe für die Abiturarbeiten erst nach den Weihnachtsferien abgeben.

Die AG Gymnasien der Kreisverbände Offenbach-Land und Offenbach-Stadt der GEW trifft sich regelmäßig in der Albert-Schweitzer-Schule in Offenbach. Zu den Sitzungen sind alle GEW-Mitglieder, die an Gymnasien oder an gymnasialen Zweigen arbeiten, herzlich eingeladen. Termine und Tagesordnung werden auf unserer Homepage veröffentlicht.

Gerda Bauer

Arbeits- und Gesundheitsschutz

Immer mehr Lehrkräfte sind in den letzten Jahren aus gesundheitlichen Gründen in den vorzeitigen Ruhestand gegangen, die Klagen über enorme Arbeitsbe- und -überlastungen der Lehrkräfte häufen sich.

Ein Hoffnungsschimmer zur Früherkennung und vielleicht auch zur Reduzierung mancher Belastung am Arbeitsplatz Schule könnten die neuen Regelungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz an Schulen sein.

Endlich auf den Weg gebracht!

Seit 1996 nämlich sind Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung auch für den Arbeitgeber im öffentlichen Dienst gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben.

Auch Beamtinnen und Beamte haben seitdem rechtlichen Anspruch auf eine Beurteilung ihrer Arbeitsbedingungen, auf Maßnahmen des Arbeitsschutzes (wenn nötig), auf präventiven Schutz vor psychischen und physischen Belastungen. Der Dienstherr ist verpflichtet, Gefährdungen, Gegenmaßnahmen und deren Wirksamkeit zu dokumentieren.

In Kürze ist die Veröffentlichung eines Erlasses des hessischen Kultusministeriums zu erwarten, der das, was laut Arbeitsschutzgesetz und Arbeitssicherheitsgesetz seit 5 Jahren gültige Rechtslage ist, endlich für den schulischen Bereich detailliert regelt. Staatliche Schulämter und Schulleiterinnen und Schulleiter haben danach größere Verantwortung für Arbeits-und Gesundheitsschutz zu übernehmen als bisher.

* So sind Schulämter verpflichtet, einen Arbeitsschutzausschuss einzurichten, in dem das Schulamt, der GPRLL, die Schwerbehinderten, der berufsgenossenschaftliche arbeitsmedizinische Dienst (BAD), eine Fachkraft für Arbeitssicherheit und der Schulträger vertreten sind. Er hat die Aufgabe, Anliegen des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung zu beraten.

* Schulleiterinnen und -leiter haben die Arbeitsbedingungen an den Schulen zu beurteilen und Gefährdungsanalysen zu erstellen, in Kooperation mit Personalrat und schulischem Sicherheitsbeauftragten Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und Prävention zu erarbeiten, alles zu dokumentieren und mit unterstützenden Institutionen zusammenzuarbeiten.

* Für die Beratung und Betreuung der Schulleiter und Lehrkräfte stehen u.a. der BAD und Fachkräfte für Arbeitssicherheit zur Verfügung.

Inzwischen sind für die Schulen in Hessen 10 Fachkräfte für Arbeitssicherheit ausgewählt, die demnächst ihre Arbeit aufnehmen werden, 6 davon sind dem RP Darmstadt zugeteilt.

Ärzte des BAD haben Schulen in Fragen zur Gefährdungsanalyse zu beraten und kostenfreie arbeitsmedizinische (Vorsorge-)Untersuchungen von Lehrkräften durchzuführen.

Wenn auch die Fachkräfte für Arbeitssicherheit und die Ärzte des BAD nur beratende Einwirkungsmöglichkeiten haben werden und bisher keine Entlastung von Schulleitungen und Lehr-kräften für die zusätzlichen Aufgaben geplant ist, sind aus Sicht der GEW die vorgesehenen erlasslichen Regelungen dennoch begrüßenswert, beinhalten sie doch die Chance, die besonderen Belastungen des Lehrerberufs, vor allem psychosoziale Stressfaktoren als auch die Arbeitsorganisation in der Schule ins Blickfeld zurücken und auf Veränderungen hinzuwirken.

Auf die Personalräte kommen damit neue Aufgaben zu, und es wird eines besonderen Engagements bedürfen, präventive Konzepte zu Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung zu erarbeiten und über entsprechende Dienstvereinbarungen umzusetzen.

Beim nächsten Treffen des Gesamtpersonalrats mit den Schulpersonalräten aus Stadt und Kreis Offenbach wird dieses Thema deshalb auf der Tagesordnung stehen.

Vorgesehener Termin: 15. Mai; Einladung folgt.

Ruth Storn

MV-Beschluss OF-Land

1. Situationsbeschreibung

Die zunehmende Bedeutung moderner Informationstechniken (IT) in der Gesellschaft (und damit auch in der Schule) ist unbestritten.

EDV-Systembetreuung an den Schulen

Das Land Hessen beschreibt in seiner Medieninitiative „Schule & Zukunft“ die wesentlichen Aufgaben:

* Berücksichtigung der Medienbildung in den Lehrplänen
* Verbesserung der Ausstattung mit PCs und Netzwerken
* Entwicklung und Umsetzung eines entspr. Support-Konzepts
* Erhöhung der Medienkompetenz der Lehrkräfte (Integration derselben in die Lehrerausbildung)

In diesem Zusammenhang kündigt Landrat P. Walter (nach der Entmachtung E.M. Tempelhahns) in seiner zusätzlichen Funktion als Schuldezernent an, in den nächsten drei Jahren rund 7,5 Mio Euro in den Ausbau des IT-Bereichs der Schulen zu investieren.

Vor dem Hintergrund des Ergebnisses der Bestandsaufnahme von März 2000 über schulische PC-Arbeitsplätze (2.085), der tatsächlichen Anzahl, der Lebensdauer, der Qualität („Elektronikschrott“) kann davon ausgegangen werden, das 2005 in den Schulen des Kreises Offenbach 6.000 PC-Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Selbstkritisch muss festgestellt werden, dass innerhalb der GEW eine Grundsatzdebatte über Notwendigkeit und Grenzen, Chancen und Risiken moderner Informationstechniken (noch) nicht stattgefunden hat. Diese muss in den Bildungseinrichtungen und in der Öffentlichkeit geführt werden – auch wegen ihrer Auswirkungen auf eine Veränderung der Lehrerrolle.

2. Voraussetzungen und Bedingungen

Folgende Mindeststandards müssen garantiert sein, wenn nicht weiterhin naiv in das Horn der PC- und Internet-Euphorie geblasen werden soll:

* Entwicklung von (aus den Ergebnissen der PISA-Studie abgeleiteten) pädagogischen Konzeptionen für den Einsatz moderner IT (entspr. didaktische und methodische Anforderungen berücksichtigend).

* Formulierung und Sicherstellung eines Support-Systems in pädagogischer und technischer Hinsicht. Die bisherige Praxis, sich von Seiten des Schulträgers auf die Anschaffung von IT-Geräten zu beschränken und sämtliche Folgearbeiten primär den Lehrkräften (bei völlig unzureicher Anrechnung) aufzubürden, muss vorbei sein!

* Auch darf es nicht der einzelnen Schule überlassen bleiben, entsprechende „Lösungen“ (Sponsoring o.ä.) zu finden.

3. GEWerkschaftliche Forderungen

Die Entwicklung von pädagogischen Konzeptionen ist zunächst eine Aufgabe, die die GEW selbstständig zu bewältigen hat.

DIE GEWÄHRLEISTUNG EINES SUPPORT-SYSTEMS IST DIE AUFGABE DES LANDES HESSEN UND DES SCHULTRÄGERS !

Vom Stadtschulamt Frankfurt werden die laufenden Kosten eines technischen Supports mit 30-50 % der Erstinvestition beschrieben. Privatunternehmen dagegen gehen von einer Relation 30 zu 70 zwischen Anschaffungs- und laufenden Folgekosten aus.

Ideologisch unverdächtig ist die Orientierung an Vorgaben des Kultusministeriums von Baden-Württemberg, das für etwa 60 Unterrichtscomputer eine Betreuungsperson für notwendig erachtet (wobei die zu bewältigende Arbeit 1/3 pädagogischer Natur ist und 2/3 technischen Charakter hat).

Konkret bedeutet das für die Schulen des Kreises Offenbach – projiziert auf das Jahr 2005 – bei dann vorhandenen ca. 6.000 Geräten, für den Support ca. 100 Stellen zur Verfügung zu haben!

* 1/3 dieser Stellen = 33 1/3 Stellen bzw. ca. 850 Anrechnungsstunden, die das Land Hessen zur Verfügung zu stellen hat durch eine entspechende Erhöhung der Lehrerzuweisung.
* 2/3 dieser Stellen = 67 Informationstechniker, die der Kreis OF für die Schulen verfügbar haben muss, um die permanenten Aufgaben wie Installation, Betreuung/Hilfestellung, Wartung, Reparatur sicherzustellen.

Damit entstehen dem Kreis Offenbach jährliche Folgekosten in Höhe von ca. 3,75 Millionen Euro. Dessen muss sich ein politisch Verantwortlicher bewusst sein, wenn er – aus welchen Gründen auch immer – vollmundig ein Investitionsvolumen von 7,5 Mio. Euro für die nächsten drei Jahre ankündigt.

Wer diese Aspekte ignoriert, handelt verantwortungslos, kalkuliert die Entstehung von informationstechnischen Ruinen ein und setzt sich dem Vorwurf der Verschwendung von Steuergeldern aus.

Sollten diese Bedingungen nicht erfüllt werden, kündigen wir GEWerkschaftlich organisierten Lehrkräfte unsere bisher praktizierte und in manchen Fällen an gesundheitlichen Raubbau grenzende Mitarbeit auf!

In einem ersten Schritt muss die Teilnahme an Aktionen erwogen werden. Dazu bietet sich beispielsweise die „Black-Screen-Aktion“ an (www.schule-ohne-Zukunft.de).

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung des GEW-Kreisverbands Offenbach-Land am 20.2.2002

Solidarisieren!

Leisten wir als GEWerkschafterInnen unseren solidarischen Beitrag und beteiligen uns an entsprechenden Aktionen!

Soziale Demontage geht weiter

Trotz gegenteiliger Wahlversprechen 1998 geht auch unter der rot-grünen Bundesregierung die Umverteilung von unten nach oben zugunsten der Arbeitgeber und Vermögensbesitzer weiter. Aktuelles Beispiel ist die mit Zustimmung des Bundesrates (vom 20.12.01) erfolgte Kürzung der Beamtenpensionen von bisher 75 % auf jetzt höchstens 71,75 % (und das trotz massiver Kürzungen im Bereich der Beamtenversorgung seit 1989!).

Betroffen von der Kürzung sind nicht nur zukünftige Pensionäre, sondern auch diejenigen, die sich bereits im Ruhestand befinden.

Damit blieb nicht nur die GEW mit ihrer Unterschriftenaktion erfolglos, sondern auch der hessische Ministerpräsident: hatte doch Roland Koch verzweifelt versucht, die Kürzung auf 72% zu begrenzen...

Statt inhaltlicher Auseinandersetzung mit den von der GEW vorgelegten Alternativen zur Weiterentwicklung des Alterssicherungssystems wird dessen soziale Demontage konsequent fortgesetzt, die mit der skandalösen Aufgabe der paritätisch finanzierten Rente von Arbeitern und Angestellten begonnen hatte.

Wer Arbeitgebern und Vermögensbesitzern Geschenke macht (vgl. Steuer- und Renten“reform“) und zugleich Kürzungen im sozialen Bereich vornimmt, damit zur Schwächung der Binnennachfrage und zum Anwachsen der Arbeitslosigkeit beiträgt, braucht sich über leere Staatskassen nicht zu wundern.

Diese dann auch noch zur Begründung für eine noch rigidere Sparpolitik zu nehmen, setzt dem Ganzen die Krone auf bzw. stellt den Gipfel sozialer Ungerechtigkeit dar.

Die bevorstehenden Tarifauseinandersetzungen bieten eine gute Gelegenheit, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen.

Manfred Tybussek

ver.di OF

Auch als neue und moderne Gewerkschaft steht ver.di in der Tradition der Gewerkschaftsbewegung. Wir kämpfen für eine sozial gerechtere Weit, die allen gute Entwicklungschancen bietet und in der die Umwelt geschont wird. Ver.di bekennt sich zu den Grundsätzen des demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ver.di ist unabhängig von Arbeitgebern, Parteien, Religionsgemeinschaften und staatlichen Organen. Ver.di vertritt und fördert die wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen, beruflichen und kulturellen Interessen ihrer Mitglieder.

Konkret bedeutet dies:

Ausbau und Verteidigung der Demokratie – Mehr Mitbestimmung in den Betrieben und Verwaltungen – soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit in den Betrieben und Verwaltungen;

Abschließen von Tarifverträgen, Verteidigung des Streikrechts;

Verwirklichung der Geschlechterdemokratie und der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft – Toleranz und gleiche Rechte, unabhängig von Religion, Geschlecht, Abstammung, Nationalität oder sexueller Orientierung – Eintreten für die Meinungsfreiheit;

Interessenvertretung für ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer;

Bildungs- und Kulturarbeit – Rechtsschutz – Stärkung der internationalen Gewerkschaftsarbeit;

Solidarität – Einheit mit Vielfalt.

Der organisatorische Aufbau

Ver.di ist demokratisch aufgebaut und in vier Ebenen und 13 Fachbereichen organisiert. Darüber hinaus verfügen Frauen und spezielle Gruppen über eigene Strukturen und Arbeitsmöglichkeiten. Die Organisation soll hier im Einzelnen dargestellt werden, um darzustellen, wie sich die ehemaligen Einzelgewerkschaften in „ver.di" vernetzt haben.

Die Fachbereiche:

Finanzdienstleistungen (FB 1), Ver- und Entsorgung (FB 2), Gesundheit, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen (FB 3), Sozialversicherung (FB 4), Bildung, Wissenschaft und Forschung (FB 5), Bund und Länder (FB 6), Gemeinden (FB 7), Medien, Kunst und Kultur, Druck und Papier, industrielle Dienste und Produktion (FB 8), Telekommunikation, Informationstechnologie, Datenverarbeitung (FB 9), Postdienste, Speditionen und Logistik (FB 10), Verkehr (FB 11), Handel (FB 12), Besondere Dienstleistungen (FB 13).

Offenbacher ver.di-Bezirksvorstandsmitglieder (v. l.) Brigitte Bach-Grass, Herbert Wieder, Geschäftsführerin Rosi Haus und Vorsitzender Andreas Jung sowie Albert Naus, der für 75-jährige Gewerkschaftstreue geehrt wurde. Foto: Rainer Golembiewski

Die Gruppen

Jugend; Seniorinnen und Senioren; Arbeiterinnen und Arbeiter; Beamtinnen und Beamte; Meisterinnen und Meister, Technikerinnen und Techniker, Ingenieurinnen und Ingenieure (MTI); freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und sonstige nicht betriebsgebundene Mitglieder; Erwerbslose.

Damit wir als große Gewerkschaft effizient arbeiten können, haben wir die Aufgaben verteilt. Die Ebenen bearbeiten die jeweiligen Politikfelder, von der Rentendiskussion im Bund bis zur Privatisierung oder Abschaffung von Dienstleistungen auf der örtlichen Ebene. Die Fachbereiche kümmern sich um berufliche und berufspolitische Themen. Die Gruppen setzen sich fachbereichsübergreifend für ihre spezifischen Interessen ein. Kompetenzen bei den Handelnden.

Die Ebenen

Der Ortsverein vertritt vor Ort die Interessen der Mitglieder und wählt Delegierte für den Bezirk.

Der Bezirksvorstand ist unter anderem zuständig für die Mitgliederwerbung im Bezirk, die Unterstützung der Betriebs- und Personalräte, Beratung und Rechtsschutz, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und die Pflege der Mitgliederdaten. Zugleich unterstützt der Bezirk die ehrenamtliche Arbeit, die beispielsweise in den Fachbereichen geleistet wird. Die Bezirke greifen dabei auf hauptamtliche Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer und deren Personal zurück.

Die Landesbezirke mit dem Landesbezirksvorstand, der Landesbezirksleitung und den Landesbezirkskonferenzen übernehmen die Interessen der Mitglieder auf dieser Ebene.

Auf der Bundesebene ist der Bundeskongress das höchste Organ von ver.di. Hier nehmen zu gleichen Teilen ehrenamtliche Vertreterinnen und Vertreter der Ebenen und der Fachbereiche teil. Zwischen den Bundeskongressen ist der Gewerkschaftsrat das höchste Organ. Er besteht aus 100 ehrenamtlichen Mitgliedern und tagt vier Mal im Jahr. Der Bundesvorstand führt die Geschäfte von ver.di.

Ver.di Offenbach hat jetzt ein neues Domizil. Ver.di ist in die alte Sparkasse in der Bieberer Strasse 39 eingezogen.

Rainer Golembiewski,
stv. Bezirksvorsitzender OF

medico international

Wenn man die Weltbevölkerung auf ein 100 Seelen zählendes Dorf reduzieren könnte und dabei die Proportionen aller auf der Erde lebenden Völker beibehalten würde, wäre dieses Dorf folgendermaßen zusammengesetzt:

57 Asiaten
21 Europäer
14 Amerikaner (Nord-, Zentral- und Südamerikaner)
8 Afrikaner

Es gäbe:
52 Frauen und 48 Männer
30 Weiße und 70 nicht Weiße
30 Christen und 70 nicht Christen
89 Heterosexuelle und 11 Homosexuelle
6 Personen besäßen 59% des gesamten Reichtums und alle 6 kämen aus den USA.
80 lebten in maroden Häusern
70 wären Analphabeten
50 würden an Unterernährung leiden
1 besäße einen Computer
und nur 1 hätte einen Universitätsabschluss.

... Wenn Du noch nie in der Gefahr einer Schlacht, in der Einsamkeit der Gefangenschaft, im Todeskampf der Folterung oder im Schraubstock des Hungers warst, geht es Dir besser als 500 Millionen Menschen. Wenn Du Essen im Kühlschrank, Kleider am Leib, ein Dach über dem Kopf, und einen Platz zum Schlafen hast, bist Du privilegierter als 75% der Menschen dieser Erde. ...

medico international bittet um Spenden für die Mehrheit, die arm ist.

Quelle:
Rundbrief 1/2001 von „medico international".

Medico International fördert nicht nur Projekte zur Gesundheitsförderung in der ganzen Welt, schwerpunktmäßig auch in Palästina, sondern klärt in Deutschland über die Ursachen des Elends auf. Unternehmen, die an Waffen oder (für viele unbezahlbaren) Medikamenten oder durch Patente auf Saatgut am Hunger verdienen, werden genannt. Die Untätigkeit oder Mitwirkung unserer Regierung an derartigen Geschäften wird angeprangert.

Sie finden medico international im Internet unter http://www.medico.de.
Anschrift: Obermainanlage 7, 60314 Frankfurt, Telefon (069) 9 44 38-0

Wiederholt war Prof. Rainer Roth Gastredner auf GEW-Veranstaltungen zum Thema „Sparen auf unsere Kosten – für wen?“. Einen Mitschnitt einer Mitgliederversammlung des KV OF-Stadt mit ihm können Sie bei GEW-TV im Juli sehen (siehe Rückseite).

Rainer Roth gehört einer Gruppe an, die mit Aktionen auf die Hintergründe der Umverteilungspolitik von unten nach oben aufmerksam macht. Ein weiteres Thema dieser Gruppe, die sich „KLARtext“ nennt, ist Ausländerfeindlichkeit. Der Kreisverband Offenbach-Stadt ist Mitglied bei KLARtext und unterstützt diese Arbeit. Mit diesem Artikel wollen wir über „KLARtext” informieren und zum Mitmachen anregen.

KLARtext wurde 1993 in Frankfurt gegründet und hat heute über 90 Mitglieder im ganzen Bundesgebiet. Anlass für die Gründung waren die Anschläge auf MigrantInnen im Jahr 1992. KLARtext führt Aktionen durch und macht verständliche Flugblätter (Auflage bisher weit über 100.000). Außerdem werden Broschüren herausgegeben.

Über seine Ziele gibt KLARtext wie folgt Auskunft (Auszug aus einem Flugblatt):

„Wir wollen,
* dass die Staatsfinanzen auf Kosten der Reichen, nicht auf Kosten der breiten Masse saniert werden!
* dass bei Millionären gestrichen wird, nicht bei den Millionen ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen!

Wir finden es unerträglich,
* dass Banken, Unternehmen und die Reichen die Staatsfinanzen ruinieren, indem sie sowohl rechtmäßig als auch illegal aus steigenden Gewinnen immer weniger Steuern zahlen,
* dass Steuerhinterziehung vom Staat mit sinkenden Gewinnsteuern belohnt wird,
* dass Spekulanten auf Finanz- und Immobilienanlagen weniger Steuern zahlen als ArbeitnehmerInnen auf Lohn und Konsum,
* dass Verluste aus Kapitalanlagen steuermindernd auf die Allgemeinheit abgewälzt werden, während bei ArbeiterInnen und Angestellten selbst das Existenzminimum noch besteuert wird,
* die Mehrwertsteuer immer mehr steigt und die Steuerprivilegien der Reichen mit erheblichen Kürzungen bei Arbeitslosen und Armen bezahlt werden.

Wir fordern: Keine weiteren Gewinnsteuersenkungen für Banken und Konzerne und Rücknahme der bisherigen Gewinnsteuersenkungen!
Keine Wertberichtigungen, Verlustvorträge oder Rückstellungen bei Spekulationsverlusten!

Gegen Umverteilung

Mehrwertsteuer auf Aktien- und Devisengeschäfte! Anhebung des steuerfreien Existenzminimums auf 18.000 DM!

Wir finden es unerträglich,
* dass Banken, Konzerne und Investoren mit sinkenden Steuerzahlungen die Staatsfinanzen ruinieren und andererseits dem Staat aus diesen Steuerersparnissen Kredite zur Verfügung stellen,
* dass für die regelmäßige Zahlung von Zinsen auf diese Kredite öffentliche Leistungen gestrichen und Stellen staatlicher Beschäftigter abgebaut werden.

Eine Gruppe redet Klartext

Wir fordern: Zinssenkungen und Schuldenerlaß auf die Staatsschulden!
Zinszahlungen stoppen statt öffentliche Leistungen für uns alle kürzen!

Wir finden es unerträglich,
* dass Spitzenpolitiker, die den Reichen und sich selbst das Absahnen ermöglichen, dafür auch noch hohe Diäten und Ministergehälter bekommen,
* dass sie Arbeitseinkommen und gleichzeitig Pensionen und Arbeitslosengelder (getarnt als Übergangsgeld) kassieren können,
* während sie gleichzeitig Sozialleistungen kürzen, die sowieso schon zu niedrig sind, und das als „Kampf gegen Mißbrauch von Steuergeldern“ ausgeben!

Wir fordern: Keine Sonderrechte für Politiker!

Die Grenzen verlaufen zwischen oben und unten, nicht zwischen den Völkern.
Die reichen Absahner beschwören angesichts der gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die sie verursachen, die Einheit aller Deutschen und präsentieren Ausländer und Asylbewerber als Sündenböcke, an denen man seine Wut auslassen kann. Dagegen wenden wir uns.“

Am liebsten verbindet KLARtext Information mit Aktionen. Hier einige Beispiele:
* Juli 1993 gegen die steuerliche Absetzbarkeit von Bewirtungskosten: Geschäftsessen vor dem Arbeitsamt bzw. der Börse in Frankfurt;
* Oktober 1993 gegen die Pensionen für entlassene politische Beamte: Arbeitslosengeld auf Lebenszeit - Hängematte vor dem Hessischen Landtag.
* Juli und September 1994 gegen die unbegrenzte steuerliche Absetzbarkeit von geschäftlichen Luxusübernachtungen; Messingbett vorm Frankfurter Hof und auf der Zeil.
* November 1999: Schuldenerlaß statt Sparpaket, Anzeige Frankfurter Rundschau
* Februar 2000 gegen Firmenspenden an Parteien; Teilnahme als Politikerhasen („Ich weiß von nichts“) am Heddernheimer Faschingsumzug
* Februar 2002 gegen eine Olympiade 2012 in Frankfurt: Disziplin „Geldrauswerfen” beim Heddernheimer Faschingsumzug

Kontaktadresse: Silvia Walz, Füllerstr. 50, 60431 Frankfurt, Tel. 069/513912, Fax: 539052

Die folgenden KLARtext-Broschüren können für jeweils 3 DM über sie bezogen werden:
* Die Absahner - Steuerprivilegien für die Reichen in Deutschland, 1993
* Die Absahner - Privilegien der Spitzenpolitiker in Deutschland, 1994
* Verschwundene Profite, 1997
* Sparen auf unsere Kosten, 2000

Umfassende Informationen und Flugblätter zum Downloaden gibt’s im Internet unter www.klartext-info.de.

-mk-

An Schulen soll immer wieder gespart werden. Der KV OF-Land macht die Konsequenzen auf humorvolle Art deutlich.

Satire

Das Arbeitsamt, die Post und ich

Ich bin eine mitten im Leben stehende Frau, Sozialpädagogin – und arbeitslos. Und ich gehöre jener seltenen Spezies an, die gerne am Computer arbeitet. Ich mag die anderen oft mühselig und nervtötend erscheinende soge-nannte Pixelarbeit und lieben es, in zähem, oft wochenlangem Kampf – Mensch gegen Maschine – dem PC Geheimnisse abzuringen und Problemen auf den Grund zu gehen.

Diese meine Fähigkeiten, Neigungen und Zukunftschancen bedenkend, wagte ich beim Arbeitsamt den Vorschlag zu machen, mich doch durch Weiterbildung oder Umschulung im IT- oder Medienbereich zu unterstützen.

Das Arbeitsamt stand diesem Ansinnen einer mitten im Leben stehenden Frau fassungslos gegenüber und erklärte kurz und bündig, Sozialarbeit bedeute lebenslänglich, ob nun mit oder ohne gute Führung – und schickte weiterhin ab und zu Angebote für ABM-Stellen, die dann doch nicht finanziert wurden. Soviel also zu den oft bemühten Themen „Lebenslanges Lernen“ und „Auseinandersetzung mit den neuen Medien“!

Ich beschloss, den Kopf nicht in den Sand zu stecken, sondern auf eigene Faust und ohne staatliche Unterstützung zu handeln. Seither bewerbe ich mich in schöner Regelmäßigkeit bei sämtlichen Firmen in und um Braunschweig, die auch nur im Entferntesten mit Computertechnik oder Neuen Medien zu tun haben. Und ich lege jeder Bewerbung – dies fußt auf den Erfahrungen einer mitten im Leben stehenden Frau – einen frankierten und adressierten Rückumschlag bei.

Die Ergebnisse bisher: niemand, nicht mal die kreativen, innovativen, neue Wege beschreitenden Unternehmen, können sich vorstellen, mir die Chance zu geben, noch mal zu lernen und meine Erfahrungen nutzbringend einzusetzen.

Die Bewerbungen kommen also – fast – alle zurück. Und man muss es wirklich deutlich sagen: viele Firmen sind nobel genug, nicht meinen beigefügten Umschlag zu nutzen, sondern ihn ungebraucht wieder mit zurück zu senden. Aha – was tun damit? Briefmarken ausschneiden natürlich!

Gestern war es dann soweit: Mein Vorrat war alle und ich musste auf eine ausgeschnittene Briefmarke zurückgreifen, die ich auf mein neuestes Bewerbungsschreiben klebte. Heute morgen lag dieser Umschlag wieder in meinem Briefkasten mit der Botschaft, er sei nicht ausreichend frankiert! Erstaunt mache ich mich auf den Weg zur Post – die ja auch nicht mehr an jeder Ecke zu finden ist – und erfahre nach längerem Hin und Her von der Dame dort, es sei nicht gestattet, derart ausgeschnittene Briefmarken zu benutzen, die müssten von einer autorisierten Dienststelle umgetauscht werden.

Jetzt habe ich es von offizieller Seite vernommen: Der Aufwand, den ich mit meinen Bewerbungsversuchen jetzt schon habe, ist bei weitem noch nicht ausreichend. Und das hat fatale Folgen. Ich kann dem Arbeitsmarkt nicht wirklich zur Verfügung stehen! Denn dafür bleibt einfach keine Zeit. Mit dem Formulieren, Zusammenstellen, Adressieren und Frankieren der Bewerbungen, dem Ausschneiden der zurückkommenden Briefmarken, den Wegen zur Post zwecks Umtausch bin ich vollkommen ausgelastet!

Ich erwäge ernsthaft, zu Beginn des nächsten Jahres, wenn das Arbeitsamt über ein frisches Budget verfügt, eine ABM-Stelle zu beantragen. Ich könnte dann jemanden einstellen, der mir wenigstens das Ausschneiden und die ewigen Wege zur Post abnimmt – einen Sozialpädagogen vielleicht, der sich beruflich verändern möchte!

Christiane Köditz

Wie man sieht, ist Zeichner Uli Simonis von der Idee, dem Lehrermangel dadurch abzuhelfen, dass Fachleute ohne pädagogische Ausbildung in den Schuldienst übernommen werden, nicht sehr begeistert.

Talmud-Weisheit

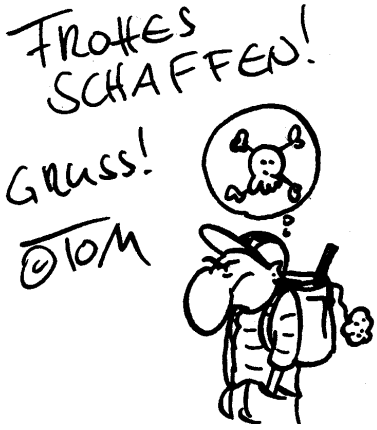
Eine Gruppe Talmud-Studenten stand am Bahnhof eines Städtchens im zaristischen Russland, als zwei Militärzüge aus entgegengesetzten Seiten eintrafen. Im einen waren Soldaten mit grauen Hosen, im anderen Soldaten mit roten Hosen.

„Die Soldaten mit den grauen Hosen werden von Warschau nach Moskau versetzt“, erklärte einer der Studenten, „die mit den roten Hosen von Moskau nach Warschau.“

„Ich begreife nicht, warum der Zar diese ganzen Umstände macht. Wäre es nicht einfacher, nur die Hosen zu transportieren? Die roten Hosen nach Warschau und die grauen nach Moskau, dann könnten die Soldaten bleiben, wo sie sind?“

„Sei doch nicht so blöd! Wenn man es so machen würde, wie du vorschlägst, was würden die Soldaten tragen, während ihre Hosen mit dem Zug unterwegs sind?“

Diesen Gruß schickte uns Tom, der Zeichner der Touché (taz)



Anschrift:
Babenhäuser Str.29a, 63128 Dietzenbach

Geschäftsführender Vorstand:

Manfred Tybussek
Kreisvorsitzender, Kreisrechner, Pressearbeit, GPR LL
Tel. 06108-6 99 30, Fax 06108-6 94 29

Thomas Kiele
Stellv. Vorsitzender, Vertrauensleutesprecher,
Betreuung d. Referendare GHRS, GPR LL
Tel. 06074-3 22 33, Fax 06074-48 47 16
e-mail: Thomas.Kiele@t-online.de

Ruth Storn
Geschäftsführerin, stellv. Vorsitzende des GPR LL
Tel. 06101-50 02 66, Fax 06101-50 02 67
e-mail: r.storn@gew-offenbach.de

Uli Simonis
Rechtsberater, stellv. Vorsitzender des GPR LL
Tel. 06106-1 71 18, Fax 06106-69 76 19
e-mail: u.simonis@gew-offenbach.de

Weitere Mitglieder des Kreisvorstands:

Werner Theobald
Stellv. Vorsitzender, Pressearbeit
Tel. 069-53 05 90 10, Fax 069-53 05 90 12
e-mail: Wernertheobald@t-online.de

Rainer Spatz
Vorsitzender des GPR LL, FG Berufl. Schulen,
Vertreter beim DGB
Tel. 069-61 73 64, Fax. 069-61 73 64

Edith Knecht
Vertreterin d. Pensionäre
Tel. 06102-3 98 40
e-mail:edith.knecht@t-online.de

Martin Koch
Tel. 06102-3 13 14, Fax 06102-73 38 90
e-mail: MKoch@t-online.de

Christiane Ostersetzer
Tel. 06159-1036, Fax 06159-91 30 66

Marion Altenburg
Kooperative Gesamtschule mit Oberstufe, GPR LL
Tel. 06102-72 21 92, Fax 06102-72 21 94
e-mail: m.altenburg@gew-offenbach.de

Gisela Beez
Kooperative Gesamtschule mit Oberstufe, GPR LL
Tel. 06104-13 97, Fax 06104-6 63 80
e-mail: g.beez@gew-offenbach.de

Susanne Kannwischer
Grundschule, GPRLL
Tel. 06108-6 72 23
e-mail: s.kannwischer@gew-offenbach.de

Edna Vornberger
Kooperative Gesamtschule mit Oberstufe, GPR LL
Tel. 06074-38 66, Fax 06074-38 66
e-mail: e.vornberger@gew-offenbach.de

Norbert Weimann
Kooperative Gesamtschule
Tel. 069-82 37 50 50, Fax 069-82 37 50 49
e-mail: famweimann@t-online.de

Winfried Scholz
m.t. Fachlehrer
Tel. 06106-56 19
e-mail: winsports@compuserve.com

KV OF-Land

René Schüttke
Sonderschule, GPR LL
Tel. 06074-4 27 62
e-mail: rene.schuettke@t-online.de

Reiner Dörr
Sonderschule
Tel. 069-86 58 46

Rolf Blees
Tel. 06103-5 12 79
e-mail: rolfblees@web.de

Beate Ackermann
Haupt- und Realschule
Tel. 06108-7 64 16

Manfred Tybussek spricht auf der 1.-Mai-Demonstration 2001 auf dem Offenbacher Marktplatz

Kreisvorsitzendenteam:

Gabriele Bechtel
Fechenheimer Leinpfad 7, 60386 Frankfurt
Tel. 069-415320, e-mail: g.bechtel@gew-offenbach.de
Sonderschule und Integration, Gemeinsamer
Unterricht; OK-Team; stellv. Vorsitzende des GPR LL

Winfried Deschauer
Brandsbornstr. 73, 63069 Offenbach, Tel. 069-842130,
e-mail: w.deschauer@gew-offenbach.de
Sekundarstufe I; GPR LL

Gabriele Bechtel (Mitte)und Winfried Deschauer im Gespräch mit Karin Schüßler (Hauptpersonalrat)

Michael Köditz
Am Leinritt 10, 60386 Frankfurt, Tel. 069-40807840,
e-mail: m.koeditz@gew-offenbach.de
Berufliche Schulen und sozialpädagogische Berufe;
Medien- und Pressearbeit; OK-Team; GPR LL

Weitere Mitglieder des Kreisvorstands:

Gerda Bauer
Weinbergstr. 1, 63073 Offenbach, Tel. 069-891489
e-mail: g.bauer@gew-offenbach.de
Gymnasien und gymnasiale Oberstufe;
OK-Team; GPR LL

Dr. Wolfgang Christian
Kantstr. 18, 63067 Offenbach, Tel. 069-810078
e-mail: w.christian@gew-offenbach.de
Soziale Offensive Offenbach und Para Nicaragua;
Pressearbeit; OK-Team

Hildegard Feuchter
Dreieichring 16, 63067 Offenbach, Tel. 069-886649
e-mail:h.feuchter@gew-offenbach.de
Grundschule, Frauenfragen; Kreisrechnerin,
Rechtsberaterin, Pensionsberatung;
OK-Team; GPR LL

KV OF-Stadt

Christa Rugen
Am Mühlgraben 58
63263 Neu-lsenburg, Tel. 06102-320833
e-mail: c.rugen@gew-offenbach.de
Haupt- und Realschulen; Mitgliederverwaltung;
OK-Team

GPR LL = Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Staatlichen Schulamt Offenbach

OK-Team = Mitarbeit bei der Produktion der Fernsehsendungen für unsere Sendereihe „GEW-TV“ im Offenen Kanal.

Gerda Bauer, Christa Rugen, Hildegard Feuchter (v. l.)

www.gew-offenbach.de

Unsere **Homepage** informiert über alles, was bei uns aktuell geschieht. Die Seite wird mindestens ein Mal pro Woche aktualisiert, es lohnt sich also, regelmäßig reinzuschauen. Auch die Termine für die GEW-TV-Sendungen, die noch nicht feststehen (ab Juli, siehe unten), werden dort mitgeteilt.

Neu auf unserer Homepage sind eine **„Service-Seite"**, auf der z.B. Beihilfeanträge „downgeloaded" werden können sowie eine **„Schüler-Seite"**, auf der SchülerInnen ihre Meinung sagen. Beide Seiten sollen noch ausgebaut werden. Für Beiträge sind wir dankbar!

Wer regelmäßig per e-mail von uns informiert werden will, kann sich in unseren **„newsletter"**-Verteiler aufnehmen lassen.
Einfach eine Mail an:

info@gew-offenbach.de

schicken und ins „Betreff" schreiben: „Bitte Newsletter zusenden".

GEW-TV: wir senden im „Offenen Kanal"

„Auffällige" Schüler – „schwierige" Klassen

Teil I:
Gustl Marlock (Psychotherapeut) erläutert Ursachen und Hintergründe
Moderation: Ellen Kramm und Michael Köditz (GEW)

Montag, 22.4., 18.30 Uhr und 23.30 Uhr; Wiederholung am Samstag, 27.4., um 14.30 Uhr

Teil II:
Perspektiven für ein anderes Lernen
Ellen Kramm und Michael Köditz im Gespräch mit Gustl Marlock

Montag, 27.5., 18.30 Uhr und 23.30 Uhr; Wiederholung am Samstag, 1.6., um 14.30 Uhr

Lernziel Solidarität

SchülerInnen im Gespräch mit Irmgard Heydorn und Dr. Wolfgang Christian

Montag, 24.6., 18.30 Uhr und 23.30 Uhr; Wiederholung am Samstag, 29.6., um 14.30 Uhr

Sparen auf unsere Kosten

Mitschnitt eines Vortrags von Prof. Rainer Roth in Offenbach

Sendetermin im Juli

Was Schüler wollen

Schülerinnen und Schüler ziehen Schlussfolgerungen aus ihren Schulerfahrungen

Sendetermin im August (Datum siehe Homepage)

GEW-TV 10 – sitzend: Dorit Bosse, Gonhild Gerecht, Werner Scholz; stehend (Technik): Gerda Bauer, Wolfgang Christian, Michael Köditz, Christa Rugen, Hildegard Feuchter, Gabriele Bechtel (v. l.). Nicht abgebildet: Gabriele Helfert und Jochen Zietlow (der hat fotografiert).